

Danziger Zeitung.



No 9558.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelhagergasse No. 4 und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Abonnements-Einladung.

Abonnements auf die Danziger Zeitung für Februar und März nimmt jede Postanstalt entgegen, sowie in Danzig die Expedition, Kettelhagergasse No. 4.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 29. Jan. Prozeß Gehlsen. Die Plaidoyer wurden heute beendet. Der Staatsanwalt beantragte sechsmonatliche Gefängnisstrafe, der Verteidiger Freisprechung von der Anklage wegen Verleumdung des Fürsten Bismarck, für die andere Anklage Geldstrafe. Das Urtheil wird Donnerstag Nachmittag um 3 Uhr verkündet werden.

Peß, 29. Jan. Deat*) ist in vergangener Nacht gestorben.

*) Franz Deat, Ungarns bedeutendster Staatsmann und Parteiführer, geb. 17. Oct. 1803 aus einer alten ungar. Adelsfamilie, 1832—42 Führer der Reformpartei, nach den Märzereignissen von 1848 Justizminister, trat zurück, als Kossuth die Leitung übernahm. Anfangs der Sechziger Jahre trat er an die Spitze der gemäßigten sog. „Adresspartei“, seit 1865 über eine bedeutende Majorität gebietend, brachte er hauptsächlich den Ausgleich mit der Regierung zu Stande. Bis zu seiner langen Krankheit stand er an der Spitze der einflussreichsten Partei, die sich nach seinem Namen nannte und erst in der vorigen Session mit der Partei Tisza zu der neuen liberalen Regierungspartei verschmolz.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bern, 28. Jan. Bei der eingeleiteten Untersuchung über die gegen das Banknotengesetz abgegebenen Unterschriften hat sich herausgestellt, daß 18 045 gültige, 11 067 zweifelhafte und 6706 ungültige Unterschriften abgegeben worden sind, so daß hiernach eine Volksabstimmung über das Banknotengesetz wahrscheinlich nicht stattfinden dürfte.

Wien, 28. Jan. Wie die „Politische Correspondenz“ von angeblich vollkommen zuverlässiger Seite aus Belgrad erfährt, wäre die Nachricht, daß Fürst Milan das Land zu verlassen beabsichtige, eine leichtfertige oder übelwollende Insinuation. Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage der Dinge seien durchaus nicht so gefährlich, wie im vorigen Herbst, der Bestand der herrschenden Dynastie sei in dem Kampfe der Parteien ganz unberührt geblieben und alle Parteien seien einig darüber, daß in einem eventuellen Wechsel in der Person des Regenten das größte Unglück eintreten würde, das Serbien zustoßen könnte.

Peß, 28. Januar. Der Zustand Deat's wird jetzt als hoffnungslos angesehen, die behandelnden Aerzte befürchten, daß in jedem Momente der Tod eintreten könne. Die Verwandten und nächststehenden Freunde Deat's sind an dessen Krankenlager gesessen worden.

Rom, 28. Januar. Der Papst hat heute ein Consistorium abgehalten und in demselben 22 neue Bischöfe ernannt; unter den ernannten befindet sich Bischof Bedetti von Bassano.

London, 28. Januar. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Newyork gemeldet wird, sind daselbst Nachrichten eingegangen, nach welchen der Ausbruch eines Krieges zwischen Guatemala und San Salvador bevorsteht.

Reichstag.

40. Sitzung vom 28. Januar. Das Haus setzt die zweite Beratung über die der Commission nicht überwiesenen Paragraphen der Strafgesetznovelle weiter fort.

§ 130a lautet nach der Regierungsvorlage: „Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor mehreren Angehörigen des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verurtheilung oder Erörterung macht, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft.“ — Gleiche Strafe trifft denjenigen Geistlichen oder anderen Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes Schriftstücke ausgiebt oder verbreitet, in welchen Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verurtheilung oder Erörterung gemacht wird.“ Der Paragraph unterscheidet sich von der bisherigen Fassung durch die Hinzufügung des zweiten Absatzes und durch die Streichung des Wortes „öffentlich“ hinter den Worten „oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes“. Abg. Strackmann (Diepholz) beantragte, das Wort „öffentlich“ in die Vorlage wieder einzufügen. — Abg. Herz: Obwohl die Fortschrittspartei glaubt, daß mit diesem, dem sog. Kanzelparagraphen, der erste Schritt zur Trennung des staatlichen und kirchlichen Gebietes gethan sei, so werden wir heute doch aus Gründen, die der speziellen Fassung der Vorlage entnommen sind, gegen dieselbe stimmen. Die Weglassung des Wortes „öffentlich“ gegen die bisherige Fassung ist nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung, denn das Kriterium der Strafbarkeit liegt gerade darin, daß ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener öffentlich in einer Versammlung unter Mißbrauch seines Amtes oder Predigtamtes die Leute aufreizt. Eine Gegenrede gegen eine solche Anrede eines Geistlichen ist ausgeschlossen und darum wird in diesem Falle Niemand die Gefährlichkeit der Handlung leugnen. Durch die Weglassung des Wortes „öffentlich“ würde den kleinsten politischen Chikanen Raum gegeben. Die Hinzufügung des zweiten Absatzes ist mindestens überflüssig, denn ist ein derartiges Schriftstück oder Predigtzeugnis nach den bestehenden Gesetzen, nach dem Pres- oder Strafgesetz strafbar, so kann auch jetzt schon eine

strafrechtliche Verfolgung des Täters eintreten, im andern Fall ist nicht einzusehen, weshalb ein Einschreiten erfolgen soll. Wir alle sind einig, und es haben dies auch die bisherigen Abstimmungen bewiesen, daß die Strafgesetznovelle in wesentlichen Bestimmungen, und gerade in den den Regierungen wichtigsten, äußerst reactionär ist und Bestimmungen vorläßt, wie sie in keinem Culturstaate Europa's bestehen. Angesichts solcher Bestimmungen kann man sich kaum entschließen, froh in der Culturkampf zu gehen. Ist es mit diesen den Regierungen ernst, so müssen andere Wege eingeschlagen werden: man juche die Schule von den unerträglichen Fesseln der Kirche zu befreien, man forge für eine dem Geiste des Civilstands-Geeßes entsprechende Ausföhrung desselben und unterlasse Einwirkungen auf Civil- und Militärpersonen, die einen offenkundigen Gewissenszwang bedingen, man entschieße sich zu ganzen Gelesen statt zu halben. So wenig es gelingen wird, durch Bestimmungen, wie die gestern vertheidigten, die Socialdemokratie zu bändigen, so wenig wird man durch diesen Paragraphen des Ultramontanismus Herr werden. — Abg. v. Maltzahn-Wilk: Die Auslassung des Wortes „öffentlich“, ist eine sehr bedenkliche Verschärfung. Ist der Geistliche wie in den meisten Fällen Seelsorger, so ist er sogar beständig in Ausübung seines Amtes. Das einzige Gegengewicht lag bisher in dem Worte „öffentlich“, seine Streichung macht für mich den Paragraphen unannehmbar. — Bei der Abstimmung wird das Amendement Strackmann mit großer Majorität angenommen und sodann die Regierungsvorlage mit 136 gegen 132 Stimmen abgelehnt. (Gegen dieselbe stimmt die Fortschrittspartei, das Centrum, die Polen und Socialdemokraten, der größere Theil der Conservativen, sowie die Abg. Kasker, v. Jordan und Miquel. Für die Vorlage: die Mehrzahl der Nationalliberalen, die Freiconservativen, die Abg. Löwe und Baumgarten und von den Conservativen die Abg. v. Puttkamer (Sensburg), v. Derzin und Graf Eulenburg.)

§ 131 bestimmt: „Wer dadurch, daß er erdichtete oder entstellte Thatsachen öffentlich behauptet oder verbreitet, gleichwie wer durch öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit oder das Reich oder einen Bundesstaat selbst verächtlich zu machen sucht, wird mit Geldstrafe bis zu sechsmonatlicher Haft oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“ (Die bisherige Fassung des Paragraphen lautet: „Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu zweimonatlicher Haft oder Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“) Abg. Krüger (Hadersleben) will hinter dem Worte „Staatseinrichtungen“ einfügen: „oder Staatsverträge“.

Abg. v. Gerlach: Wenn wir für die Vorlage stimmen, so wollen wir uns durchaus nicht das Recht verweigern lassen, Staatseinrichtungen öffentlich und wenn möglich, scharf zu kritisiren. Die Gefahr, dadurch dem Staates zu verfallen, besteht nach der Vorlage auch gar nicht, denn es soll nur der bestraft werden, der dabei die Absicht der Verhöhnung von Staatseinrichtungen hat.

Bundesbevollm. Hofmann (Hessen): Bei der Stimmung des Hauses erscheint es als ein Wagniß, auch nur die Aufmerksamkeit der Mehrheit für einen sogenannten politischen Paragraphen der Strafgesetznovelle in Anspruch zu nehmen. Man hat sich über das Ungenügende der Motive zur Novelle beschwert. Nun hat der preussische Minister, Graf v. Eulenburg, Ihnen gestern ein Bild der Bestimmungen der Socialdemokratie mit einer Ruhe, Objectivität und Klarheit vorgelegt, die auszeichnet war. Das Haus hat ihm mit Aufmerksamkeit zugehört und nachdrücklich hat man ihm die stärksten Vorwürfe darüber gemacht, daß er es gewagt hat, dem Hause Dinge vorzutragen, die längst bekannt seien. Ich knüpfe an diesen Vorgang die Bitte an, daß Sie in der weiteren Berathung der politischen Paragraphen objectiv und ohne persönliche Voreingenommenheit fortfahren möchten. Es steht bei diesen Paragraphen sehr viel auf dem Spiele und der Ausgang der Debatte wird, wenn ich mich nicht ganz täusche, auf die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse von Einfluß sein. Ich für meine Person würde es lebhaft beklagen, wenn das Verhältniß der Regierungen zu diesem hohen Hause und namentlich zu der Partei, die bisher den Kern in der Mehrheit des Hauses bildet, erschüttert und verdrängt würde. Ich habe aber das Gefühl, daß ein so ernstes Verwunders allerdings droht, wenn, wie bisher, die politischen Paragraphen der Strafgesetznovelle, ohne daß man auch nur gründlich und eingehend prüft und erwägt (Wo! Auf: das ist stark!), als reactionäre Politik zurückgewiesen werden. — Präsident v. Forckenbeck: Ich muß das Haus auf das Entschiedenste gegen den Vorwurf verwahren, daß es seine Beschlüsse nicht nach gründlichen Erwägungen gefaßt hat. (Lebhafte Zustimmung.) — Der Bevollmächtigte fährt fort: Der Marasmus in der Presse vor dem Bekanntwerden des Wortlautes der gegenwärtigen Vorlage, daß hier reactionäre Tendenzen seitens der Regierungen verfolgt würden, ging von den Organen derjenigen Parteien aus, deren Agitationen durch das Zustandekommen der Strafgesetznovelle beschränkt werden sollten. Obwohl diese Beschränkungen zum großen Theil gehoben sind, so klingen sie doch immer wieder an. Ich meine Regierung kann ich erklären, daß sie keineswegs aus Lust an politischen Prozessen diesen Paragraphen ausgestellt hat, sondern lediglich aus der Ueberzeugung, daß die Paragraphen des gegenwärtigen Strafgesetzes nicht ausreichen, um das Vaterland in seinen höchsten Gütern genügend zu schützen. Es handelt bei diesem § sich um die Ehre des Staates und das Strafrecht ist bestimmt, die Nation nicht bloß im Besitz ihrer materiellen, sondern auch ihrer geistigen und sittlichen Güter zu schützen. Wenn ich von der Ehre des Staates spreche, so verstehe ich in Bezug auf Deutschland darunter die Ehre des Reiches eben so gut wie die der einzelnen Staaten. Ich glaube, daß der Staat berufen ist, diese Ehre zu schützen, wie er es thut, wenn sie von Außen angefaßt ist. Die Ehre des Staates gegen innere Feinde zu schützen bietet allein das Strafrecht das Mittel. Als der Entwurf des Strafgesetzbuches dem norddeutschen Reichstag vorgelegt wurde, fehlten noch die Worte: „wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind“; sie kamen erst bei der zweiten Berathung durch ein Amendement hinzu. Der Abg. Lasker beantragte

damals die Streichung des ganzen Artikels, weil er von der theoretischen Anschauung ausging, daß Einrichtungen des Staates, Anordnungen der Obrigkeit unpersönliche Dinge seien, die nicht beleidigt werden könnten. Juristisch könne man nicht von Verleumdung von Dingen sprechen, die keine lebendigen Personen sind und kein Ehrgefühl haben, wenn aber dennoch der Reichstag den Paragraphen annehmen wollte, dann müßte man bei der dritten Lesung auf eine Fassung bedacht sein, die ihn wenigstens für die allermeisten Fälle unschädlich machte. Dieses ist schon bei der zweiten Lesung durch die Einfügung der Worte „wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind“ geschehen. Vergleicht man die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, welche die Ehre des Staates gegen Verleumdungen schützen sollen, mit denen, die Private betreffen, so stellt sich heraus, daß der Gebrauch beschimpfender Ausdrücke gegen Private, gegen einzelne Personen oder Behörden strafbar ist, daß er dagegen nicht strafbar ist, wenn er gegen das Reich oder einen Bundesstaat gebraucht wird. Wenn bestimmte Thatsachen behauptet werden in Bezug auf Private oder Behörden und zwar unwahre, dann genügt zur Bestrafung schon der Nachweis, daß sie unwahr sind. Es kommt nicht darauf an, ob, welcher die Äußerung gethan hat, von der Unwahrheit überzeugt war. Wenn Jemand einem Andern eine falsche Thatsache nachsagt oder ihn in seiner Ehre schädigt, so wird er bestraft, thut er dasselbe in Bezug auf Anordnungen des Staates und der Obrigkeit, dann muß erst nachgewiesen werden, daß er das Bewußtsein der Falschheit der Thatsachen gehabt hat. Das factische Resultat davon ist, daß jeden Tag die größten Beschimpfungen des Reiches und des Staates in der Parteipresse vorkommen, ohne daß die Möglichkeit eines Einschreitens vorliegt. Ich spreche hier aus meiner dreißigjährigen Erfahrung in meiner Stellung in Darmstadt, in der ich fortwährend die sehr unerquickliche Aufgabe habe, die Presse in ihrer Wirksamkeit zu beobachten. Bedenken Sie doch, daß wir kein alter Staat sind, daß die Ehrfurcht vor dem Staat und den Staatseinrichtungen, wie sie in andern Ländern, z. B. in England, bei allen Parteien herrscht, und sie bei ihren Agitationen einschränkt, bei uns erst geschaffen werden muß. Wenn das Reich der Kirche einen Schutz gewährt, so sehe ich nicht ein, warum das Reich sich selbst nicht ebenso sehr schützen soll. Ich halte den die Kirche schützenden § 166 des Strafgesetzbuches für gerechtfertigt, aber warum soll Jemand, der den Staat oder Staatseinrichtungen beschimpft, nicht ebenso bestraft werden? Es ist sonderbar, daß während der Staat die Interessen der Kirche schützt und sie zu schützen gezwungen ist, er von der ultramontanen Presse geschmäht werden kann. Man sagt, die Presse selbst enthalte auch das Gegentheil. Ich vertraue nicht sowohl der Einwirkung der Presse gegenüber den socialdemokratischen und ultramontanen Bestrebungen, sondern ich vertraue auf das gesunde Blegma, das in unserem Volke herrscht und von dem es noch einen großen Vorrath hat. Wenn dieses einmal aufgezehrt ist, wenn es sich in Pathos umgewandelt haben wird, wird es sehr schwer sein, in Deutschland die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Parteien gehen immer weiter und wenn sie zu dem Punkte gelangt sein werden, wo das Blegma ganz aufgezehrt ist, wird vielleicht uns gegenüber die die Pariser Commune eine harmlose Gesellschaft sein. (Große Heiterkeit.)

Abg. Hünel: Der Zusammenhang zwischen dem Strafrecht und derjenigen Politik, welche man neuerdings eingeschlagen hat, ist uns ja vollständig klar, und wir haben eben aus dem Grunde diese Strafgesetznovellen zurückgewiesen, weil wir darin die Symptome einer Politik erkannten, der wir von vornherein entgegenzutreten entschlossen waren; denn auch an diese Politik knüpfen sich Erinnerungen an die Zeiten der schwersten Reaction in Deutschland, die wir nicht wiederholen lassen wollen. Der Vorwurf also, daß wir diesen Zusammenhang übersehen haben, war gänzlich unrichtig. Der Bundescommissar hob es als einen besondern Mißstand hervor, daß bei uns die Einzelperson vor Schmähungen und Verhöhnungen mehr und besser geschützt ist, als das Reich und seine Institutionen. Es fragt sich gerade, ob dafür nicht ganz gerechtfertigte Gründe vorhanden sind; ich denke, daß in der That die Einzelperson eines größeren Schutzes bedürftig ist als der Staat. Wenn wir erst dazu kommen, daß wir die Vertheidigung der Ehre und der höchsten Güter des Vaterlandes allein den Staatsanwälten, der Polizei und den Gerichten anzuvertrauen gezwungen sind, dann läge in einem solchen Zustande eine vernichtende Verurtheilung, angesprochen entweder über die Institutionen dieses Staates und den Staat selbst, oder über das Volk selbst, das in diesem Staate lebt. (Sehr richtig.) So lange die Regierung überhaupt noch eine gesunde Weiterentwicklung unseres Volkslebens hoffen will, wird sie auch nothgedrungen darauf rechnen müssen, daß die Majorität der Bürger des Landes stark und begabt genug sei, die Ehre und Grundlagedes Staates selbst gegen alle Angriffe zu vertheidigen. Die Bestimmungen dieses von der Regierung so warm empfohlenen Paragraphen sind eine reine Tautologie. Wie kann man etwas schmähen und verhöhnen, ohne es verächtlich zu machen und wie den Staat verächtlich machen ohne Schmähung und Verhöhnung? Solche vagen Bestimmungen können unmöglich eine Grundlage bilden für ein gerechtes Urtheil des Richters, und schon vom streng juristischen Standpunkte aus, selbst wenn der allgemeine und politische nicht maßgebend wäre, müßten wir diese Randschuttparagraphen entschieden verwerfen. (Beifalls links.)

Abg. Schwarz: Ich habe im Namen der deutschen Reichspartei zu erklären, daß wir uns vorbehalten, für die dritte Lesung eine veränderte Fassung des Paragraphen in Vorschlag zu bringen. Diejenigen Mitglieder unserer Partei, welche heute gegen den Paragraphen stimmen, werden dies in der Ueberzeugung thun, daß der Staat gegen die darin vorgesehene Handlungen bereits durch die bisherigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches genügend geschützt ist.

Abg. Lasker: Der Minister für Hessen versuchte in der Einleitung der Discussion einen Druck auszuüben, indem er eine Veränderung der politischen Confession zwischen dem Reichstage und dem Reiche in Aussicht stellte. Ich nehme an, er versteht hier unter Reich die Reichsregierung und deren verantwortlichen Repräsentanten, den Reichskanzler, dessen heutige Abwesenheit ich bedauere. Ich würde gegen ihn die

Erklärung abgeben können, daß er diesem Paragraphen viel objectiver gegenüber steht, wie er ja das auch in der ersten Lesung erklärt hat. Wir würden also nur in die Gefahr gerathen, daß wir mit der Regierung von Hessen nicht mehr in dem freundlichen Ton verhandeln können, wie es bisher der Fall gewesen ist. (Seiterkeit.) Was ich zwar bedauere, was aber doch auf den Gang der Angelegenheiten einen so entscheidenden Einfluß nicht ausüben würde, als wenn diese Erklärung vom Reichskanzler selbst gekommen wäre. Alsdann muß ich doch die Regierung fragen, wenn sie unzufrieden ist mit dem ihr entgegengebrachten Resultat, mit welcher anderen Majorität sie zu herrschen gedenkt. Denn für den Paragraphen, dessen Ablehnung der Minister für Hessen so lebhaft bedauert, hat gestern bei der Abstimmung zuletzt kein einziges Mitglied gestimmt. Mit wem also will die Reichsregierung in Zukunft ihre Politik machen? (Sört!) Nicht einmal die Minister für Preußen, die zugleich Mitglieder des Reichstages sind, nehmen einen Stand ein, um eine neue Partei zu gründen. (Seiterkeit.) Alsdann hat der Minister für Hessen mir persönlich in der Form eines Lobes vorgeworfen, ich übertrüge, von idealen Anschauungen geleitet, mein eigenes Verhalten auf das Strafgesetzbuch. Ich habe bei meinen gestrigen Ausführungen über die Wahrung der Pressefreiheit mich nicht allein auf die Ideale der Freiheit beschränkt, sondern anerkannt, daß in solchen Dingen mit objectiv charakterisirten Strafbestimmungen, und nicht mit solchen Vorlichtmaßregeln, die allein für die Censur zu gebrauchen sind, verfahren werden müsse. Sodann hat es der Minister für Hessen heute als etwas ganz Unerhörtes dargestellt, daß man in Bezug auf die Ehre des Staates anders denke als in Bezug auf die Ehre des Einzelnen. Aber das ist ja eine Frage, die von der Wissenschaft längst entschieden ist, daß der Staat in dieser Beziehung eine ganz andere Stellung einnimmt, weil er etwas Imperiales sei. Zudem aber ist der Staat so sehr umgeben und getragen von lebendigen Organen, welche ihn, seine Gesetze und seine Verwaltung überall repräsentiren, daß es ein wahres Kunststück ist, den Staat zu beleidigen, ohne das Ministerium oder sonst eine lebendige Person, die hier betheiligt ist, mit in die Beleidigung hineinzuziehen. (Sehr richtig!) Meinen Sie denn, daß der Fürst Bismarck zu seinem Vergnügen so viele Blanksätze unterschreibt zur Verfolgung wegen Beleidigung? In den meisten Fällen thut er es sicherlich nur, weil er den Staat repräsentirt, weil der Staat in ihn beleidigt wird. Es genügt nicht, allgemeine Politik in den Strafgesetznovellen zu machen, man muß auch von criminalistischem Standpunkte erwägen für und gegen die Regierung. Dies ist der Grund, weshalb voransichtlich die große Mehrheit des Hauses den heute in ganz anderer Form vorgeschlagenen § 131 ablehnen wird. Deshalb kann aber der Reichstag im Ganzen und in seinen einzelnen Theilen bei Ablehnung dieses Paragraphen ebensoviel Sinn für das Reich und seine Ehre haben, wie die größten und kleinsten Vertreter eines Staates im Bundesrath. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedenthal: Ich würde es doch im Allgemeinen für correct halten, wenn die amtliche Stellung Einzelner, welche die Ehre haben, Abgeordnete zu sein und zugleich dem preussischen Staatsministerium anzugehören, nicht in den Kreis der Debatte gezogen würde. (Sehr richtig! rechts.) Das Privilegium der Abgeordneten nur als Abgeordnete beurtheilt zu werden, das allen Berufsständen zukommt, müßte doch auch mit Recht den Ministern gegönnt werden. (Sehr wahr! rechts.) Die gestrige Abstimmung war so, daß über das Prinzip, über welches lange und eingehend verhandelt wurde, in der Form des Antrags von Seydewitz abgestimmt wurde. Dieser Antrag war meines Wissens vollständig acceptirt und es war diejenige Form, in welcher die Parteien des Hauses, soweit überhaupt Differenzen obwalteten, über die prinzipielle Frage mit einander stritten. Ich habe in dieser Form für das von dem Bundesrath vertretene Prinzip gestimmt und weiß mich mit demselben in allen Stadien einverstanden. Vor der letzten Abstimmung mußte ich die Sitzung verlassen, hätte es aber auch für völlig gleichgültig gehalten, dabei ein Votum abzugeben, weil das Prinzip bereits entschieden war und keine Nothigung vorlag, nochmals Zeugnis über denselben Gegenstand abzulegen. Im Uebrigen bemerke ich, daß ich in keiner Weise meinen Beruf hier in diesem Hause darin finde, Parteien für oder gegen die Reichsregierung zu bilden. Ich werde als Abgeordneter meine Pflicht thun und in allen Dingen nach meiner Ueberzeugung stimmen, wie ich das bisher gethan habe. Ich möchte deshalb in der That das Gerücht ansprechen, auf derartige Interpellationen nicht mehr zurückzukommen, die nur Unfrieden stiften und Verwirrungen hervorrufen, zu denen auch nicht die mindeste Veranlassung vorhanden ist. (Beifall und Zustimmung rechts.)

Abg. Windthorst: Auf mich macht der von Herrn Lasker hervorgehobene Unterschied, ob der Reichskanzler, oder ob der Ministerpräsident von Hessen bei einer Vorlage die Cabinetfrage stellt, gar keinen Eindruck. Ich entnehme die Gründe für mein Votum nur aus dem inneren Werth der vorgelegten Sache selbst; zumal, wenn es sich, wie hier, um einen Gesetzesparagraphen handelt, von dem die Freiheit meiner Mitbürger und vielleicht meine eigene abhängt. So lange der Willkür der Staatsanwälte bei politischen Anklagen Thür und Thor geöffnet bleibt, und diejenigen strebenden Staatsanwälte, die am meisten verfolgt, dem Hause mitzuthellen, die dabei daselbst verurtheilt werden, müssen wir uns wohl hüten, der Regierung neue und noch schärfere Verfolgungswaffen in die Hand zu geben und der Abg. Schwarz hätte ganz gewiß viel besser gethan, ordentlich in der Justizcommission zu arbeiten, als den unnützen Versuch zu machen, diesem traurigen Paragraphen für die dritte Lesung eine neue Fassung zu geben. (Sehr wahr! Seiterkeit.)

Bundesbevollm. Hofmann: Was ich vorhin dargelegt habe, war lediglich meine persönliche Auffassung der Situation. Ich glaube aber auch als Vertreter eines kleinen Staates ein Recht zu haben, die Folgen, die ich dabei voraussetze, dem Hause mitzutheilen. Ich erkläre entschieden, daß das von mir Geklagte in keiner Weise den Reichskanzler betrifft. Ich glaube in der That, daß wir noch weit von dem Zeitpunkte entfernt sind, wo die socialdemokratische Partei die Waffen niederlegen wird, ebenso wenig wie die ultramontane Partei. Der Widerstand der Kirche gegen die Kirchengesetze wird aufhören in dem Augenblicke, wo die römische Kirche

einiger, daß die Zurückhaltung des Widerstandes ihr schädlicher sei, als die Unterwerfung unter die Gesehe. (Unruhe im Centrum.) Wann dieser Zeitpunkt eintreten wird und ob die Kirche jetzt schon die Ueberzeugung hat, ist mir zweifelhaft. Aber selbst wenn dieser Zeitpunkt nahe sein sollte, wird man im ultramontanen Lager nicht ablassen, sondern den Kampf gegen die Gesehe um so energischer fortführen. Wenn der Reichstagsler Angriff seine Person als gegen das Reich gerichtete verfolgen läßt, so ist das ein Uebelstand. Wir sehen ja, wie er mißverstanden wird, welche Last von Geschäftigkeit er auf sich nehmen muß, um mit seinen Personen das Reich zu decken. Wäre es nicht besser, wir schickten direct die Ehre des Reiches?

Abg. Vamberger: Der Minister für Hessen hat im Beginn seines Vortrages mir eine väterliche Ermahnung ertheilt, wie ich gestern besser die Discussion geführt hätte. Ich nehme an, er hat das als Colleague des Ministers Graf zu Eulenburg, und nicht als höchster Beamter meines engeren Vaterlandes gefühlt. Ich nehme ihm eine so einfache Belehrung in seiner Weise übel, ich glaube aber, er wird selbst unmittelbar nachher an sich selbst erfahren haben, wie leicht es geschehen kann, daß man glaubte, gar keinen Anstoß nach irgend einer Seite gegeben zu haben und doch auf einen je gereizten Widerspruch stößt. Ich hoffe, daß ihn diese Erfahrung zu christlicher Milde gegen mich in Betreff des geführten Falles bestimmt haben wird. Er irt sich übrigens, wenn er glaubt, daß ich der Regierung vorgehalten habe, sie wolle Reaction machen. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich ganz unverstanden sei über das Ziel mit den verbündeten Regierungen, und daß mir nur auseinandergehen über die Aufschaffung der Mittel. Also von den nach der Ansicht des Vorredners mehr oder weniger banalen Bormühen wegen versuchter Reaction war in meinem Munde absolut keine Rede.

Abg. Lasker: Ich kann dem Minister Friedenthal die Versicherung geben, daß ich diese Hervorhebung seiner persönlichen Stellung als Mitglied dieses Hauses zu der preussischen Regierung in meiner Rede selbst als nicht correct anerkenne und gern bestritt sein werde, sie für künftig zu vermeiden.

Bei der Abstimmung wird hierauf zunächst das Amendement Krüger und demnach der § 131 selbst mit sehr großer Majorität (dafür nur die Conservativen und ein Theil der deutschen Reichspartei, wie Graf Bethun, Dr. Friedenthal u. A.) vom Hause abgelehnt.

Desgleichen wird ohne Debatte abgelehnt der folgende § 133: „Wer eine Urkunde, ein Register, Acten oder einen sonstigen Gegenstand, welche sich zur amtlichen Aufbewahrung an einem dazu bestimmten Orte befinden, oder welche einem Beamten oder einem Dritten amtlich übergeben worden sind, vorsätzlich vernichtet, bei Seite schafft oder beschädigt, wird mit Gefängnis bestraft.“ War die Handlung geeignet, das Wohl des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats zu gefährden, so kann auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden. Ist die Handlung in gewinnstüchtiger Absicht begangen, so tritt Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren oder Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“ Dagegen wird mit geringer Majorität angenommen § 135: „Wer ein öffentliches Zeichen der Autorität des Reichs oder eines Bundesstaats oder ein Hoheitszeichen eines Bundesstaats böswillig wegnimmt, zerstört oder beschädigt, oder beschimpfen, lüsten, dänken verübt, wird mit Geldstrafe bis zu sechs hundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“

§ 140 der Vorlage lautet: „Wegen Verletzung der Wehrpflicht wird bestraft: 1) ein Wehrpflichtiger, welcher in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis entweder das Bundesgebiet verläßt oder nach erreichtem militärischen Alter sich außerhalb des Bundesgebiets aufhält; mit Geldstrafe von einhundert bis zu dreitausend Mark oder mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre; 2) eine beantragte Militärperson der Reserve, Land- oder Seewehr, welche ohne die vorgeschriebene Erlaubnis auswandert; mit Geldstrafe bis zu eintausendhundert Mark oder Gefängnis bis zu drei Monaten; 3) ein jeder Wehrpflichtiger, welcher nach öffentlicher Bekanntmachung einer vom Kaiser für die Zeit eines Krieges oder einer Kriegsgefahr erlassenen besonderen Anordnung in Widerspruch mit derselben auswandert; mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben welchem auf Geldstrafe bis zu dreitausend Mark erkannt werden kann. Gegen Offiziere und in Offizierang stehende Aerzte kann im Falle der No. 2 die Geldstrafe bis zu dreitausend Mark und die Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten erhöht werden. Der Versuch ist strafbar. Das Vermögen des Angeklagten kann, in so weit als es nach dem Ermessen des Richters zur Deckung der den Angeklagten mitschuldig treffenden höchsten Geldstrafe und der Kosten des Verfahrens erforderlich ist, mit Beschlage belegt werden.“ (Die No. 1 dieses Paragraphen ist nur eine redactionelle Aenderung der bisherigen Fassung des § 140, dagegen enthält die No. 2 eine Verschärfung der Strafe für die bis jetzt nur als Uebersetzung bestrafte unerlaubte Auswanderung der Reservisten und Landwehren, während die No. 3 sowie der folgende Absatz über die Erhöhung der Strafe gegen Offiziere und Aerzte neue Zusätze sind.) Abg. Strudmann beantragt: 1) die No. 2 des Abs. 1 und den Abs. 2 zu streichen; 2) in No. 3 statt der Worte: „nicht unter drei Monaten“ zu setzen: „von drei Monaten bis zu zwei Jahren“. Abg. Gerhards schlägt vor, im letzten Absätze hinter den Worten „und den Kosten des Verfahrens erforderlich ist“ einzufügen: „auf Antrag der Staatsanwaltschaft jederzeit“. Endlich beantragt Abg. Lasker in der No. 3 zu sagen: „mit Gefängnis bis zu zwei Jahren“. Abg. Strudmann erkennt an, daß der Versuch des hier bezeichneten Vergehens strafbar gemacht werden müsse, weil gegenwärtig, wo er nicht strafbar ist, die ganze Strafbestimmung illusorisch sei, da das Vergehen erst consummirt ist, wenn der Auswanderer auf der See, d. h. außer dem Bereiche des Gesehes ist. Dagegen liegt kein Grund vor, die No. 2, in welcher es sich um die bloße Uebertretung einer Polizeivorschrift handelt, unter die Vergehen aufzunehmen.

Abg. Lasker: Unzweifelhaft kann der Kaiser schon gegenwärtig bei drohender Kriegsgefahr eine Einschränkung der Auswanderung proclamiren, die indessen nicht genügend wirksam zu erhalten ist durch die Polizeistrafen, mit denen sie heute bestraft ist. Es ist daher richtig, daß die No. 3 des Paragraphen eine vorhandene Lücke ausfüllt; dagegen geht das Strafmaß weit über das Nothwendige hinaus, indem es sogar das Maximum der in § 69 des Militärstrafgesetzes auf die Fahnenflucht gesetzten Strafe von 3 Jahre überschreitet. — Bundescom. Ob.-Reichsanwalt Blumhe erkennt an, daß die No. 2 die bloße Uebertretung einer Polizeivorschrift enthält, insofern den Beurlaubten der Reserve, Land- und Seewehr die nachgeschickte Auswanderungserlaubnis nicht verweigert werden kann, wenn sie nicht zum Dienst einberufen sind. Dennoch muß auf die strenge Beobachtung der vorgeschriebenen Form im Interesse der Erhaltung des militärischen Pflichtbewusstseins in der Reserve ein großer Werth gelegt werden. Es ist ersichtlich, wie sehr die Unterlassungen der Anzeigen angenommen haben, seit sie nur als Uebertretung bestraft werden. 1874 haben nur 1403 Personen die Erlaubnis zur Auswanderung nachgesucht, während 3214 wegen nicht nachgesuchter Erlaubnis gerichtlich verurtheilt worden sind, nämlich ohne daß die Strafe gegen eine einzige hätte vollstreckt werden können. Es muß als sehr bedauerlich angesehen werden, daß 10 898 Mann auf den militärischen Controllisten figuriren, die tatsächlich ausgewandert sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß solche Verhältnisse einer

prompten und sicheren Mobilmachung durchaus hinderlich sind. Die No. 3 bildet das Analogon zu dem § 69 des Militärstrafgesetzes, denn es handelt sich in dem Fall, wo der Wehrpflichtige jeden Augenblick die Einstellung der Einberufungsordre zu erwarten hat. — Abg. Lasker erkennt nochmals die durch die No. 3 auszufüllende Lücke als vorhanden an, wodurch jedoch keineswegs das vorgeschlagene Strafmaß gerechtfertigt werde. — Lasker wird vom Abg. Grimm mit Hinweis darauf bestritten, daß die Regierung im Falle einer Mobilmachung wirksame Strafmittel gegen pflichtvergessene Wehrpflichtige in der Hand haben müsse. — Director v. Arnberg macht darauf aufmerksam, daß der zweite Absatz des Paragraphen aus dem Militärstrafgesetze übernommen ist. Er könne stehen bleiben, auch wenn man die No. 2 streicht, weil er auch in diesem Falle eine Aenderung gegen das bestehende Recht enthält, insofern der Versuch strafbar gemacht werde. — Abg. Strudmann giebt dies als richtig zu. Man würde aber mit der Aufrechterhaltung des zweiten Absatzes eine Begünstigung auf die zu streichende No. 2 stehen lassen. Er schlägt deshalb vor, vor der Hand die No. 2 und den zweiten Absatz zu streichen und bis zur dritten Lesung eine zutreffende Fassung zu vereinbaren. — Der Antrag auf Streichung der No. 2 und des zweiten Absatzes wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten angenommen, und § 140 mit dem Amendement Lasker genehmigt.

§ 144 lautet: „Wer es sich zum Geschäft macht, Deutsche zur Auswanderung zu verleiten, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Wer unter Vorspiegelung falscher Thatfachen oder wissenschaftlich mit unbegründeten Angaben Deutsche zur Auswanderung verleitet oder zu verleiten sucht, wird mit Gefängnis nicht unter einem Jahre bestraft.“ Die bisherige Fassung bestimmt: „Wer es sich zum Geschäft macht, Deutsche unter Vorspiegelung falscher Thatfachen oder wissenschaftlich mit unbegründeten Angaben zur Auswanderung zu verleiten, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft.“ Abg. v. Cuny schlägt vor, in dieser letzteren Fassung hinter den Worten „unbegründeten Angaben“ einzufügen: „oder durch andere auf Täuschung berechnete Mittel.“ — Abg. v. Gerlach spricht für die Regierungsvorlage. — Abg. v. Cuny theilt die Ansicht des Vorredners, daß die Auswanderung, wie sie sich bei uns gestaltet hat, in mancher Hinsicht ein Krebsgeschwür der Nation geworden ist, weit entfernt von der früher herrschenden Ansicht, daß die Auswanderung eine Abhilfe gegen sociale Uebel sei. Indes ja die prinzipielle Frage bei Verabschiedung des Strafgesetzbuchs von der Mehrheit des Reichstags entschieden worden: Der Staat bedürfe nicht des Schutzes gegen die Auswanderung, sondern nur des Schutzes gegen betrügerische Mittel, die angewendet würden, um zur Auswanderung zu bestimmen. So bewege dem sein Amendement nur den jetzt geltenden Thatbestand des Strafgesetzbuchs, der durchaus ungenügend sei, zu ergänzen. — Abg. v. Bantz stimmt dem Amendement Cuny bei, obgleich er diese Ergänzung für ziemlich irrelevant hält, da auch die von dem Antrag betroffenen Fälle ja zu den Vorspiegelungen gehören. Sehr bedenklich dagegen scheint ihm die Regierungsvorlage, da durch Streichung der Worte „unter Vorspiegelung falscher Thatfachen oder wissenschaftlich“ die Worte „zum Geschäft macht“ und „verleiten“ ihre klare Bedeutung verlieren. Nach den Motiven solle die Feststellung der Grenze, wo öffentliche Bekanntmachungen, Benachrichtigungen und dergl. mit unter diesen Paragraphen fielen, dem Ermessen des Strafrichters überlassen bleiben. „Das sei seiner Meinung nach eine noch nicht dagewesene strafrechtliche Ungeheuerlichkeit, da es doch das erste sei, was ein Staatsbürger verlangen könne, daß er selbst sich fragen könne, ob etwas nach den Gesehen strafbar sei oder nicht. Wenn ferner die Motive sagten, daß das Staatswohl durch die Massenauswanderungen leide, so meine er, diese Auswanderungen nicht in den Anzeigen der Agenten, sondern meist in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen ihren Grund hätten. Daher komme es denn auch, daß man sich in manchen deutschen Ländern gar nicht, in Mecklenburg aber außerordentlich über die Auswanderungen zu beklagen habe. Nun, da sollte doch die Regierung, um diesen Uebelstand abzuheben, Sorge tragen, diese localen Veranlassungen zu beseitigen. Das gerade nach den letzten Kriegen so große Massenauswanderungen stattgefunden hätten, sei natürlich, da durch die Kriege viele aus ihrer wirtschaftlichen Existenz herausgerissen seien. Die Auswanderung solcher Personen sei ein großer Fortschritt gegen früher, wo im Gefolge solcher Kriege sich große Räuberbanden zu bilden pflegten.“ — Geh. Rath v. Arnberg hebt hervor, daß ja die Regierungsvorlage die Auswanderungsfreiheit durchaus nicht beschränke, sondern nur die schädlichen Einflüsse betrügerischer Agenten in wirksamer Weise als bisher beseitigen wolle. Die Bedenken des Abg. Bantz wegen der Dehnbarkeit der Ausdrücke fänden in der Praxis keinerlei Bestätigung. Da das Amendement Cuny wenigstens einige von den bisher außer Acht gelassenen Fällen damit umfasse, werde die Regierung eventuell mit demselben sich begnügen. — Abg. v. Hölder ist ebenfalls wie Abg. Bantz gegen die Regierungsvorlage, da diese wegen ihrer großen Unbestimmtheit das solide wie das unsolide Agentenvergehen bedrohe. — Abg. Rapp ist gleichfalls gegen die Regierungsvorlage. Man solle, wie Graf Eulenburg einmal im Abgeordnetenhaus empfohlen, die Zustände der Heimath den Staatsbürgern so begreiflich als möglich machen; Zwangsgehalte und Polizeimaßregeln würden dagegen nichts nützen, sondern das Gegenteil erreichen. Hierzu komme, daß die Bestimmungen gegen die Agenten zu unbestimmt seien, und sehr verschieden ausgelegt würden. So sei in Polen ein Agent der Norddeutschen Lloyd- und der Hamburger Paket-Boot-Schiffahrts-Aktiengesellschaft deswegen als Verleiter zu Auswanderungen verurtheilt, weil er Jemandem auf seine Erkundigung den Preis-Courant und die Liste der abgehenden Schiffe der Gesellschaft ausgedruckt. (Heiterkeit.) Wenn eine solche Latitudo herrsche, so müsse man schließlich jede Zeitung verbieten, die eine Annonce von einer Schiffahrtscompagnie enthalte. Das entspreche den Verhältnissen des vorigen Jahrhunderts, wo die Auswanderungslustigen kaum lesen konnten und die Agenten, mit Geschnide und Ketten geschmückt, auf und ab zogen und von dem schönen Land jenseits des Oceans fabelten. Diese Zeiten aber seien vorüber. Nach der Fassung des zweiten Absatzes könnten selbst Verwandte, die in gutem Glauben ihre Erfahrungen mittheilen, verurtheilt werden, ja selbst der Vater, der seinen eigenen Sohn nachkommen lasse, wenn dieser die Zustände in dem neuen Lande vielleicht nicht finde, wie jener angegeben. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Cuny mit großer Majorität angenommen.

§ 145 lautet in der bisherigen Fassung: „Wer die vom Kaiser zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See erlassenen Verordnungen übertreißt, wird mit Geldstrafe bis zu fünf hundert Thaler bestraft.“ Die Regierungsvorlage bezweckt, diese Strafbestimmung auch auf solche kaiserliche Verordnungen auszuweiten, welche über das Verhalten der Schiffe nach einem Zusammenstoße von Schiffen auf See oder in Betreff der Noth- und Contertsignale für Schiffe auf See und auf den Küstengebietern erlassen sind. — Abg. v. Freeden erhebt bei dieser Gelegenheit die Regierung dringend, mit den übrigen seefahrenden Nationen eine baldige Revision dieser Bestimmungen, die vielfach unklar und widersprechend seien, zu vereinbaren. — § 145 wird hierauf angenommen. — Nächste Sitzung Sonnabend.

Danzig, den 29. Januar.

Der Reichstag schreitet in der Beratung der Strafgesetznovelle nur langsam vor. Gestern beschloß er sich zunächst mit der Erweiterung des sog. Kanxelparagraphen. Die Erweiterung wurde per „Hammelsprung“ mit 136 gegen 132 Stimmen abgelehnt. Dieses Resultat wird, da zufällige Umstände zur Erzielung desselben beitrugen, möglichenfalls in der dritten Lesung eine Aenderung erfahren. Die „Germ.“ fürchtet dies, sie schreibt: „Es ist dringend zu wünschen, daß die Abgeordneten des Centrums, welche heute fehlten, baldigst wieder auf dem Posten sind, damit das gewonnene Resultat nicht illusorisch werde.“ Von der entgegengesetzten Seite wird geschrieben: „Die Stellung der Parteien war die, daß die Clericalen, die Fortschrittspartei und die Socialdemokraten dagegen, die Nationalliberalen, Freiconservativen und Conservativen dafür stimmten. Jedoch stimmten von den Nationalliberalen drei Mitglieder, nämlich Miquel, Lasker und Becker-Oldenburg (andere Berichte nennen auch v. Jordanbeck), von den Conservativen vier Mitglieder, nämlich v. Gerlach, Ruitkammer-Schlawa, v. Seydewitz und v. Malchahn-Gülz mit Nein, während von der anderen Seite die Gruppe Löwe mit Ja stimmte. Bei der Parteiconstellation würde eine Mehrheit von mindestens 10 Stimmen für den Antrag der Reichsregierung sich ergeben haben, wenn nicht ungewöhnlich viele Mitglieder auf nationalliberaler und freiconservativer Seite gefehlt hätten. Von den notorisch hier anwesenden Nationalliberalen fehlten nicht weniger als 25, darunter 15, welche dauernd in Berlin wohnen. Wie man nachträglich erfährt, hat eine Anzahl Abgeordneter Verabredung getroffen, daß sie zu der Abstimmung gerufen würden. Aber da die Clericalen auf jede Theilnahme an der Debatte verzichtet hatten, so kamen die meisten erst, nachdem die itio in partes vorüber war. Die Gegner der Vorlage waren dagegen sehr vollständig auf dem Platze. Hierdurch wird sich vermuthlich bei der dritten Lesung das Ergebnis der Abstimmung anders gestalten.“ Die Freunde der abgelehnten Bestimmung führen besonders den Umstand für dieselbe an, daß nur gefordert wird, daß dieselbe Handlung eines Gefährlichen, welche durch mündliche Rede begangen schon heute strafbar ist, dies in Zukunft auch sein soll, wenn sie mittelst der Ausgabe von Schriftstücken geschieht.

Eine größere Debatte entspann sich über den § 131. Derselbe, wie er sich gegenwärtig im Strafgesetzbuch findet, handelt von der Bestrafung desjenigen, der erdichtet oder entstellte Thatfachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen. Hier hat die Novelle die Clausel „wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind“ weggelassen und außerdem noch „öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen“ hinzugefügt. Diesmal unternahm es der heftigste Minister-Präsident Hofmann, die Regierungsvorlage zu empfehlen. Das Merkwürdige seiner Rede lag indes weniger in ihrer sachlichen Seite, als in dem Tone, mit welchem er der Mehrheit des Reichstags gegenübertrat. Anknüpfend an das Schicksal, welches gestern Graf Eulenburg und der von ihm vertheidigte § 130 gehabt hatte, sprach Hr. Hofmann von Ablehnung, ohne daß man die Regierungsvorlage gründlich geprüft habe, mußte sich dafür aber freilich eine Rectification durch den Präsidenten v. Jordanbeck gefallen lassen. Er hielt dann für nöthig, der Majorität und speciell der national-liberalen Partei anzukündigen, daß ein Fortfahren auf dem gegenwärtigen eingeschlagenen Wege zu einem ersten Bewußtsein mit der Reichsregierung führen müsse. Auf diesen Punkt wurde ihm nachher vom Abg. Lasker treffend geantwortet, und er unterließ denn auch nicht ausdrücklich zu constatiren, daß er jene Aeußerung ohne jeglichen Auftrag von Seiten des Reichstages gemacht habe. Was die Sache selbst betrifft, so wiesen die Abg. Lasker und Hänel überaus nach, daß durch die Vorschläge der Novelle theilweise nur eine schädliche Tautologie und im Uebrigen eine höchst bedenkliche Verschlechterung des bestehenden Paragraphen erreicht werden würde. Die Ablehnung des § erfolgte gegen die Conservativen und einen Theil der Freiconservativen.

Die verschiedenen Organe der Conservativen antworten heute auf die Worte, mit denen in der vorgestrigen Reichstagsitzung die Abg. Lasker und v. Bamberger gewisse systematische Verleumdungen in der quasi conservativen Presse charakterisirten. Seine Worte waren hart, aber nur zu sehr verdient, wenn man die düsteren Sumpfschöner kennt, von denen aus seit Jahren die Liberalen beschmutzt werden. Man kann ihr Auftreten am wenigsten den Männern übernehmen, welche so lange persönlich mit Schmutz bemorfen wurden in einer Weise, die ihnen eine Vertheidigung unmöglich machte. Die „Kreuztg.“ wundert sich sehr, daß sie selbst auch genannt worden ist, sie scheint aber ganz ihre Artikel über die „Aera Campanianer Delbrück-Bleichröder“ und „Bamberger-Lasker-Doppenheim“ vergessen zu haben. Neuerdings hat sie freilich dem Verfasser jener Artikel ihre Spalten verschlossen, so daß dieser gezwungen war, seine weiteren Arbeiten an einem entsprechenden Orte abzulegen. Eine Ehrenklärung, wie die „Kreuztg.“ sie gestern dem Abg. Miquel zu Theil werden ließ, als sie sich von der Grundlosigkeit der Anschuldigungen überzeugt hatte, rechnen wir dem Organe der Freiconservativen hoch an. Eine offizielle Notiz über die jüngsten Vorgänge lautet: „Die Finanzgruppe der Abgeordnetenhaus-Commission für allgemeine Finanzangelegenheiten hat die Dotationsfrage Erörterungen unterzogen, welche eine sehr beachtenswerthe Wendung genommen haben. Die Spitze der Angriffe, die anfangs gegen die Regierung gerichtet war, hat sich gegen diejenigen gerichtet, welche als die Anstifter des Feldzuges gegen den Finanzminister zu betrachten sind. Durch ein eigenthümliches Zusammenstreffen begannen gerade jetzt die Gerichtsverhandlungen über die Anklage der „Eisenbahn-Fg.“, welche sich zum Ummelplatz der geschäftlichen Angriffe auch gegen den Finanzminister hatte machen lassen. Man kann nur wünschen, daß diese Verhandlungen über die Scandalbestrebungen eines Theils der Presse und die Urheber derselben ein für die Aufklärung der öffentlichen Meinung ausreichendes Licht verbreiten mögen.“

Der heutige „Reichsanzeiger“ bringt schon wieder eine Kundgebung in der Sache des Grafen Arnim. Das amtliche Blatt sagt:

„Die „Kreuzzeitung“ führt in ihrer Nummer vom 27. d. M. an, daß Fürst Bismarck noch im Frühjahr 1872 gewillt gewesen sei, den Grafen Arnim als seinen „alter ego“ in das Auswärtige Amt zu berufen. Wir können versichern, daß an maßgebender Stelle eine Berufung des Grafen Arnim in das Auswärtige Amt nie beabsichtigt gewesen ist. Graf Arnim allein hat angedeutet, daß er den Posten eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt gern annehmen würde. Das Gerücht von dieser Bewerbung hat unter den Beamten, mit welchen er als Unterstaatssekretär in nähere Berührung gekommen sein würde, Besorgnisse und Mißtrauen hervorgerufen und ist dadurch allgem. bekannt geworden.“

In der Sache Arnim geht jetzt Vieles durch die Presse um dem Sensationsbedürfnis des Publikums zu genügen. Nach einer Meldung will Graf Arnim den Fürsten Bismarck fordern, nach „Klausn. fortscr.“ wegen Injurien belangen, dasselbe Organ will in der Lage sein, die gestern mitgetheilten Bemerkungen des Herrn v. Arnim-Schlagenthin zu den beiden jüngst publicirten Berichten des Fürsten Bismarck dahin zu ergänzen, daß seiner Zeit Lord Granville in einem an den Grafen Arnim gerichteten Schreiben seiner Freude über dessen vorläufige Ernennung zum Botschafter in London Ausdruck gegeben hat. Diese Angaben sind alle sehr zu bezweifeln. Die zuletzt genannte „Kl. fortscr.“ hatte auch die Mittheilung verbreitet, Fürst Bismarck habe Joachim-Geschen, den Redacteur der „Eisenbahnztg.“ empfangen, um von ihm zu erfahren, ob die in diesem Blatte erschienenen Scandal-Artikel wirklich, wie man allgemein sage, von Wagener herrühren. Diese ganze Meldung wird jetzt schon von der „Post“ als unrichtig bezeichnet, sie war wahrscheinlich nur eine Reclame für das Scandalblatt.

In Wien gingen in den letzten Wochen allerlei dunkle Befürchtungen um, alle Welt hegte das Gefühl, als ob etwas Ueberausendes geschehen werde. Niemand aber wußte genau anzugeben, was zu erwarten sei. „Es ist wie vor dem Sturm Schmerling's und Hohenwarth's“ — schreibt man von dort — eine Gewitterschwüle liegt auf allen Gemüthern, ohne daß Jemand im Stande ist zu sagen, wann der Blitz aus den Wolken zu den und wen er treffen wird.“ Zunächst, glaubte man, werde das liberale Cabinet Auerberg in Cisleithanien fallen und einem reactionären oder vorläufig einem centralistischen Ministerium Schmerling Platz machen. Vielleicht sollte mit der Verbreitung jener Gerüchte auch den Ungarn, welche sich bei den Verhandlungen wegen Erneuerung der Ausgleichsverträge so halsstarrig bezeigen, ein wenig graulich gemacht werden, wenigstens legte man dies so in Pest aus. „Der Sieg der reactionären Coalition“ — schreibt man von dort — müßte zur Auflösung des Drei-Kaiser-Bündnisses führen; alle Welt würde mit Mißtrauen auf das centralistische reactionäre Oesterreich blicken, und mit der Auflösung des Drei-Kaiser-Bündnisses wäre auch die größte Garantie zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens vernichtet. Eine solche Politik würde Oesterreich in einen Krieg treiben, der mit dem Falle der Monarchie enden könnte. Die Ungarn begreifen das recht wohl und lassen sich auch durch das Zustandekommen der reactionären Coalition nicht beunruhigen, einerlei ob nun letztere ernst gemeint ist, oder ob sie nur als ein Pressionsmittel Ungarn gegenüber erdacht worden. Sicher ist, daß der cisleithanische Minister des Innern, Lasker, seit lange wegen Krankheit auscheiden wollte, an seinen Abgang hefteten sich die dunkeln Gerüchte zunächst an. Wie aus Wien geschrieben wird, hat sich Lasker um deswillen entschlossen, trotz seines Gesundheitszustandes im Ministerium zu verharren, und man darf sich nun, daß das Cabinet Auerberg jetzt wieder etwas fester dastehet.

In der Herzegovina haben am 26. wieder neue Kämpfe stattgefunden, wie im Carlisten-Kriege, so schreiben sich auch hier immer beide Theile den Sieg zu. Die türkische Regierung veröffentlicht folgenden officiellen Bericht, den sie am 27. telegraphisch erhalten hat: „Amel Rukhtar Pascha stieg auf den Höhen von Chouna auf Insurgenten-Scharen in der Stärke von 7—10 000 Mann. Die Insurgenten griffen die Türken auf beiden Flügeln zugleich an. Nach einem 5-stündigen hartnäckigen Kampfe gelang es den türkischen Truppen, die Insurgenten zurückzuwerfen und aus ihren vormaligen Positionen zu vertreiben. Die Verluste der Insurgenten sind beträchtlich. Die direct im Gefecht engagirten türkischen Truppen betrugen 1200 Mann. Dieselben wurden von 1800 Mann in beiden Flanken unterstützt.“ Aus Ragusa wird über die Kämpfe vom 26. Januar telegraphirt: „Die türkischen Truppen machten, welche in bedeutender Stärke mit zwei Gebirgsbatterien aus Trebinje ausgerückt war, wurde von den Insurgenten angegriffen. Letztere wurden jedoch zurückgeschlagen und zogen sich nach Bulovic zurück.“ Ferner hat an demselben Tage zwischen den vordringenden türkischen Truppen und den Insurgenten ein neuer Kampf stattgefunden, welcher, wie von südlavischer Seite gemeldet wird, angeblich mit dem Rückzuge der Türken geendigt haben soll. Zur Dedung des Letzteren sollen die türkischen Kriegsschiffe mit ihren Geschützen in den Kampf eingegriffen haben.“

Aus Wien wird der „Elf. Ztg.“ geschrieben, daß die Chefs der Insurrection in der Herzegovina am 23. d. eine Bepreisung abließen, in welcher die Frage erörtert ward, wie sich die Aufständischen zu benehmen hätten, wenn nach erfolgter Uebergabe der Andraffyschen Reformnote in Konstantinopel an die Insurgenten die Aufforderung gerichtet werden sollte, die Waffen niederzulegen. Es wurde der Beschluß gefaßt, einer solchen eventuellen Aufforderung in keinem Falle Folge zu geben. Bei der Beratung war auch ein montenegrinischer Serdar zugegen, der, wie behauptet wird, mit großer Entschiedenheit für die Fortführung des Kampfes unter allen Umständen eintrat.

Dem officiösen „Moniteur“ zufolge wird der französische Handelsminister dieser Tage dem Präsidenten der Republik seinen Bericht über die Erneuerung der Handelsverträge vorlegen. Die wegen dieser Frage von ihm angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß der größte Theil der Handelskammern und der Vertreter des Adambaus sich für die Erneuerung der Verträge mit den von der Erfahrung angetragene Abänderungen,

namentlich einer Umgestaltung der Verhältnisse in
besonders angelegten Fällen, ausgesprochen habe.
Der „Moniteur“ will wissen, daß die Anträge des
Ministers im nämlichen Sinne gefaßt sind.

Deutschland.

△ Berlin, 28. Jan. Das gestrige Hof-
Concert im Kgl. Schloß war ungemein zahlreich
besucht; namentlich war der Reichstag stark vertre-
ten. Präz. v. Forckenbeck stellte Sr. Majestät
dem Kaiser die Mitglieder vor, welche bis dahin
noch nicht am Hofe erschienen waren, wobei ihm
der Schriftführer Abg. Dr. Weigel assistierte. Der
Kaiser, der ungemein munter aussah, sprach leb-
haft über den Gang der Reichstagsarbeiten und
äußerte wiederholt sein Bedauern über die abzie-
henden Resultate der gestrigen Sitzung. „Es war
— hörte man den Monarchen äußern — ein heißer
Tag, aber für mich war die Schlacht verloren.“
Wir müssen nun sehen, wie wir weiter kommen.“

— Die luxemburgische Regierung hat den
Wunsch geäußert, auf der Grundlage der zwischen
Deutschland und anderen Staaten getroffenen
Verbindungen wegen gegenseitigen Waren-
verkehrs zu dem Reiche ebenfalls in Vertrags-
beziehungen zu treten. Nach Lage der in dem
Großherzogthum geltenden Gesetzgebung würde eine
entsprechende Vereinbarung — welche übrigens der
Genehmigung der luxemburgischen Abgeordneten-
kammer bedarf — genügen, um den deutschen Waren
in Luxemburg einen Rechtsschutz zu verschaffen, wie
solchen die einheimischen Waren genießen. Zwi-
schen einzelnen Bundesstaaten und Luxemburg be-
stehen, soviel bekannt, Vereinbarungen wegen ge-
genseitigen Warenverkehrs nicht. Es soll über die
Angelegenheit demnächst Beschluß gefaßt werden.
— Nach dem von dem Bundesrat für das
Heimathwesen an den Bundesrath erstatteten
Bericht über die Geschäftstätigkeit des letzten Jah-
res ist ein nicht unerheblicher Rückgang der dem
Sprache des Amtes unterbreiteten Projecten zu
constatiren. Es sind im Jahre 1875 nur 329
Sachen — gegen 404 im Vorjahre — eingegangen.
Dazu kamen 20 am Schlusse des Jahres 1874 un-
erledigt gebliebene Sachen, so daß wir im Ganzen
349 Sachen zu bearbeiten hatten. Davon betrafen
303 Streitigkeiten zwischen Armenverbänden des-
selben Staats, 46 zwischen verschiedenen
verschiedener Staaten. Es wurden in 30 Sagen
erledigt 329 Sachen, während 20 Sachen in
das neue Geschäftsjahr übertragen wurden.

— Der Reichstagsler Fürst Bismarck hat sich
mit Rücksicht auf seine noch nicht völlig wiederher-
gestellte Gesundheit genöthigt gesehen, die auf den
29. d. Mts. angelegte parlamentarische Soirée ab-
sagen zu lassen.

— Vom Abg. v. Kardorff wird eine Inter-
pellation vorbereitet, betreffs der Einfuhr von
deutschem Spiritus nach England und Italien und
der Export-Donifikationen. Die Reform der
Telegraphentarife, mit welcher der General-Post-
meister umgeht, wird ebenfalls zum Gegenstand
einer Interpellation gemacht werden, überdies be-
reitet man einen Antrag vor, welcher dahin geht,
die in Aussicht genommene Tarifierung wesentlich
zu modifiziren.

* Wie auch der „Bes. Z.“ officiös bestätigt
wird, wird die preussische Regierung auf die bisher
beabsichtigte Einbringung eines Antrages bei dem
Landtage wegen Ermächtigung zu Verhandlungen
bezüglich der Abtretung der preussischen Staats-
eisenbahnen an das Reich verzichten. Damit sei
indefinit das Project der Reichsbahnen selbst nicht
bei Seite gelegt; es handelte sich nur um eine vor-
übergehende Taktik bei Durchführung desselben. Was
die Stellung des Herrn Camphausen zu dem Pro-
ject betrifft, so werde wiederholt bestätigt, daß der
Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums
in seiner Eigenschaft als Finanzminister dem Pro-
ject nicht feindlich sei, daß derselbe indessen Be-
denken trage, für die politische und volkswirth-
schaftliche Seite desselben die Verantwortlichkeit zu
übernehmen.

— Die Bauten am Palais Radzwill
werden demnächst wieder aufgenommen. Im Herbst
wird Fürst Bismarck seine Wohnung mit der jetzt
in jenem Palais für ihn hergerichteten vertauschen.
Das Haus, in welchem der Fürst jetzt wohnt, wird
abgetreten und an Stelle desselben ein umfang-
reiches Dienstgebäude für das Reich aufgeführt.
Man sagt, es sei zur Aufnahme eines der künftigen
Reichsministerien bestimmt.

Aus Schlesien, 25. Januar schreibt man der
„Pos.“: Der General-Superintendent un-
terer Provinz, Erdmann in Breslau, hat von seiner
Befugnis, den Religionsunterricht in den
Gymnasien und Realschulen 1. Ord. zu con-
trolliren, einen ausgedehnten Gebrauch gemacht und
seine Revisionen der betreffenden Anstalten mehrfach
auf viele Tage ausgedehnt. Jetzt ist demselben
von dem Provinzial-Schul-Collegium die Aufforde-
rung ausgegangen, künftig jedesmal eine Woche vor-
her von seiner Abfahrt, den Religionsunterricht an
einer höheren Lehranstalt zu revidiren, dem Pro-
vinzial-Schul-Collegium Anzeige zu machen. Gleich-
zeitig ist ihm bemerkt worden, daß seine Befug-
nis nicht soweit geht, vollständig Anordnungen be-
züglich des Unterrichts treffen zu dürfen, sondern
daß zur Einführung von Änderungen die Geneh-
migung des Provinzial-Schul-Collegiums not-
wendig ist, dem deshalb das Protokoll über die von
dem General-Superintendenten mit den Religions-
lehrern abgehaltenen Konferenzen nebst etwaigen
Anträgen sofort zuzusenden ist. Die ermittelte
Stellung des evangelischen General-Superintendenten
ist damit erst zum Theil beseitigt, obwohl sein Auf-
sichtsrecht dem Aufhören des confessionellen Cha-
racters der höheren Lehranstalten gegenüber über-
haupt keine Berechtigung mehr hat.

Grasse, 28. Januar. Bei der heutigen
Neuwahl eines Abgeordneten zum Abgeordneten-
haufe für den 2. Boidamer Wahlbezirk wurde der
Polizeidirector v. Salbern in Charlottenburg
(frei-conservativ) mit 174 von 190 Stimmen
wiedergewählt. Der Gegencandidat v. Armin-
Gerswalde (cons.) erhielt 14 Stimmen. (W. Z.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Jan. In der heutigen Sitzung
des Abgeordnetenhauses wurde die Beratung
über den Antrag Kopp's betreffend die Auf-
hebung der Collegien der fortgesetzt. Nach
lebhafter Debatte ging das Haus mit großer
Majorität über den Antrag zur Tagesordnung
über. — Petitionsausschuß des Abgeordneten-

hauses hat bei Beratung der Petitionen betreffend
eine allgemeine Heeresreduction beschloffen,
im Unterhause die Einbringung eines Specialaus-
schusses von 9 Mitgliedern zu beantragen, welcher
über die Frage wegen einer allgemeinen Heeres-
reduction, sowie über die Einberufung von Dele-
gationen zu einem Congresse berathen und berich-
ten soll. (W. Z.)

Telegramm, 26. Januar. Das hiesige General-
Commando hat angeordnet, daß die mit der Neu-
tralität Oesterreichs im Widerspruch stehenden In-
surgenten-Ansammlungen auf diesseitigem Ge-
biete fernerhin nicht zu dulden seien. Die über
die Grenze kommenden Aufständischen sollen ent-
waffnet und internirt werden. Diese Maßregel
wird damit motivirt, daß das bisherige Verhalten
der Grenzbehörden geeignet sei, türkische Repressalien
hervorzurufen.

Danzig, 29. Januar.

* Ueber die 2. Ausschussung der R. Direction
der Dsbahn berichtet die „Br. Ztg.“ noch
Folgendes: Das Protokoll registirt in Betreff des
von der Handelskammer Bromberg gestellten An-
trages: „Die R. Direction der Dsbahn wolle den
Delegirten der Vereine, Corporationen u. f. w.
zu den von ihr ausgetriebenen Ausschussungen freie
Fahrt auf der R. Dsbahn bewilligen“, daß die
Direction eine Auskunft auf Gewährung des
Gesuchs nicht zugehen kann, doch bereit ist, bei
dem Herrn Handelsminister den Antrag nochmals
vorzutragen. In Betreff „Einführung eines
neuen Frachtbriefformulars“, daß die Angelegen-
heit seitens des Vereins deutscher Eisenbahnver-
waltungen einer Commission überwiesen ist, nach
Abschluß der Verhandlungen wird die R. Direction
Mittheilung machen, ebenso über den Gegenstand
„Zuziehung von Sachverständigen in Reclamations-
Angelegenheiten“, über welchen die Verhandlungen
noch schweben. Ueber den Antrag, „daß leere
Getreide- und andere Säcke auch unter Verschluss
mittels einer Plombe oder Siegels als Frachtgut
auf allen Stationen angenommen werden“ wird
von Seiten der Dsbahn-Verwaltung bemerkt, daß
die baldige Einführung der im Tarif-Verbande ver-
einbarten Spezialbestimmungen zum Betriebs-Regle-
ment für die Eisenbahnen Deutschlands in Aussicht
steht, worin die gewünschte Bestimmung folgender-
maßen lautet: „Leere Säcke werden nur dann zur Be-
förderung angenommen, wenn die einzelnen Colli
an der Plombe (Kropf) mit starker Schnur unwidert
sind, daß ein Heraus- oder Auseinanderfallen
derselben verhindert wird und dieselben mit
Etiquetten von Holz oder Pappe versehen sind,
auf welchen in Uebereinstimmung mit dem Fracht-
brieft die Bestimmungskategorie deutlich angegeben
ist. Außerdem müssen die Etiquetten oder die
Colli selbst eine deutliche besondere Signatur
tragen.“ Ueber den Antrag: „Revision der Neben-
gebühren-Tarife“ wird erwähnt, daß die Nachnahme-
Provision von 1 Mark pro 100 Mark auf 1/2 Prozent
zu ermäßigen, in Folge früherer Anträge einer
Commission zur Beratung vorliegt. Der Antrag:
„Ermäßigung des Frachttages für Güter von
6,9 Meter Länge und darüber“ wird nach längerer Er-
örterung bis zur nächsten Ausschussung vertagt. Bei
Beratung des „Fahrplans der Dsbahn für die
Sommerperiode 1876“ macht die R. Direction unter
Vorlage des graphischen Fahrplans Mittheilung,
daß die Herstellung eines Tages-Courierzuges
in Aussicht genommen sei, worüber noch Verhand-
lungen schweben. Im Uebrigen würden wesentliche
Veränderungen nicht eintreten. Der Ort und die
Zeit für die nächste Konferenz, wird nach dem ge-
stellten Antrage angenommen, daß die nächste Aus-
schussung in Danzig, und an einem vom Vor-
sitzenden näher bezeichneten Tage in der zweiten
hälfte des Monats Juli stattfinden soll.

* (Traject über die Weichsel.) [Nach
dem Aushang auf dem Bahnhof der Dsbahn.]
Gulm-Terespol: Bei Tag und Nacht mit Fuß-
werk über die Eisbede. — Warlubien-Graudenz:
Bei Tag und Nacht mit Fußwerk über die Eis-
bede. — Gzernik-Marienwerder: Bei Tag
und Nacht mit Fußwerk über die Eisbede.

* Die Abtheilungslisten zu der stattfindenden
Erstwahl eines Abgeordneten zum preussischen
Landtag an Stelle des verstorbenen Geh. Rath Hoene
sind aufgestellt und liegen in den einzelnen Wahl-
bezirken am 31. Jan., 1. Febr. und 2. Febr. cr.,
Mittags von 12 bis 2 Uhr, aus. Zur Wahl der
Erstwahlmänner ist Termin auf Freitag, 4. Febr.,
Vormittags 9 Uhr, anberaumt. Es sind im Ganzen
31 Wahlmänner zu wählen.

* Die „Germania“ hatte im September v. J. in
Folge der Zuzug eines Königsberger Caplans von
dem damaligen Candidaten der Theologie und jetzigen
altkatholischen Geistlichen in Breslau, Jastowski,
einem Preussischen, berichtet, daß derselbe „wegen tiefer-
licher Auffassung aus dem Belpoliner Clerical-Seminar
relegirt“ worden sei. Da J. um seine Entlassung
aus dem genannten Seminar gebeten hatte, weil von
seiner geistlichen Behörde wegen Anerkennung der Mai-
gesetze sein Verant zum geistlichen Stande bewiesen
worden war, so verlagte derselbe den Redacteur der „Ger-
mania“ wegen Verleumdung beim Staatsanwalt Tesen-
dorf in Berlin. In dem Prozesse, welcher vor Kurzem
stattand, gab, wie uns mitgeteilt wird, der Angeklagte
selber zu, den Candidaten Jastowski beleidigt zu haben
und wurde Jener deshalb zu 10 Tagen Gefängnis
verurtheilt.

* Im schwurgerichtlichen Verfahren ist es,
nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 11. Ja-
nuar d. J., unzulässig, nach Verurteilung des regel-
rechten Verdicts der Geschworenen, selbst wenn es zum
Nachtheile des Angeklagten mit nur 7 gegen 5 Stimmen
gefallen ist, durch deren Vortheile denselben noch nach-
träglich Fragen wegen Strafausschließungsgründe oder
mildern Umstände zur Beantwortung zu stellen.

* Die innere Einrichtung des neuen Diaconissen-
Krankenhanfes schreitet erfreulich vor und immer
mehr finden sich Güter, welche größere oder kleinere
Gaben zu allgemeinen oder besonderen Zwecken bar-
reichen. So sind denn auch mehrere Spenden eigens
zum Ausbau der Kirche eingegangen und so reichlich,
daß davon allein, ohne die Kasse der Anstalt zu be-
schweren, alles was noch fehlte, Kacheln, Gekühl, Kron-
leuchter u. f. w. hergestellt werden konnte. Nimmern
soll daselbst son- und festlich um 5 Uhr Abends
öffentlicher Gottesdienst stattfinden, wobei die
Herrn Geistlichen der Stadt sich abwechseln wollen.
Der erste dieser Abendgottesdienste ist auf Sonntag,
den 30. Januar, um 5 Uhr angesetzt und von Frn.
Constitutalkath. Reinde übernommen.

* [Polizeibericht.] Der Fischergeselle B. hat
dem Mannergesellen F. eine Gekühl und ein Bett
untergeschoben. — Vor etwa 8 Tagen ist dem Kaufmann
R. aus einem verschlossenen Spinde 1 großes Album
und 2 Bücher gestohlen. Als Dieb ist der Maurer K.

ermittelt. — Heute wurde die unverschämte R. verhaf-
tet, welche wegen Diebstahls in Gr. Zünder und an-
derem von der Kgl. Staats-Anwaltschaft zu Br. Star-
gardt wegen gleichen Vergehens verfolgt wird. — Der
Arbeiter E. wurde verhaftet, weil er verdächtig ist, sich
bei einem Diebstahl bei dem Restaurateur S. betheiligt
zu haben. — Die unverschämte B. wurde verhaftet,
weil sie dem Schiffsjüngermeister R. eine Geldbörse
mit 9 A. 60 S. gestohlen hat. — Die verdächtige
H. erhielt vor mehreren Wochen von dem Feld-
webel B. 40 Paar Kessel-Unterhosen zur Inse-
rtung. Anstatt die Arbeit zu fertigen, hat
die H. die 40 Paar Hosen sofort ins Pfandhaus ge-
bracht und den Pfandschilling verbracht. — Der
verschämte Zimmergeselle W. ist gestern aus ihrem
unverschämten Hanslur mittelst Gleichschleppens eine
Menge Wäsche gestohlen. — Die Wittwe W.
wurde heute dabei ergriffen, als sie dem Restaurateur G.
einen Wassereimer gestohlen hat. — Der Zimmergeselle
K. hat dem Arbeiter R. eine Taschenuhr gestohlen. Der
Dieb befindet sich bereits wegen Sachbeschädigung in
Haft. — Der Tischlergeselle M. hat sich am 28. d.
Vormittags in dem zu seiner Wohnung Verdrängte
No. 11 gehörenden Holzstall erhängt. Die Ursache
des Selbstmordes ist nicht bekannt. M. hinterließ eine
Frau und sechs Kinder. — Vom Walpatrouillier D.
wurde am 28. d. in der Nähe von Bastion Knefbeck,
im Strauch verhaftet, die in eine Cigarrenschachtel ver-
packte Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden.

Marienwerder, 29. Januar. Das Resultat,
welches die am Montag von hier nach Berlin in Betreff
der Eisenbahn-Angelegenheit abgegangenen Deputirten
erzielt haben, ist dem Vernehmen nach, wie zu erwarten
stand, wieder das alte. Die Herren Minister resp.
Ministerial-Directoren, von denen unsere Deputirten emp-
fangen wurden, haben, wie gewöhnlich, in gewisser Be-
ziehung die Klagen Marienwerders anerkannt, ihr Be-
dauern darüber ausgesprochen, vor der Hand in der Sache
nichts thun zu können und uns auf die Zukunft ver-
tröstet. (W. Z.)

Elbing, 29. Januar. Die Elbinger Actien-
Branerei wird für das abgelaufene Geschäftsjahr ihren
Actionären 4 Proc. zahlen.

— Die Kgl. Regierung hat die Behörden in Kenntnis
gesetzt, daß 16 Veteranen aus den Feldjahren 1806/14,
welche nachgewiesenermaßen hilfsbedürftig sind, vom
1. Januar c. ab, neben der Veteranenunterstützung noch
eine Zulage aus Invalidenfonds erhalten, so daß die-
selben jetzt monatlich 10 Mk. 50 Pf. beziehen. —
Da freilich wird bei den alten Leuten wohl alle Noth
ein Ende gefunden haben. (W. Z.)

Thorn, 29. Jan. Die Brückenverwaltung hat sich
die ihr im v. J. durch die Kraft der Elemente ertheilte
erste Lehre andernfalls zu Herzen genommen und
diesmal bei Zeiten dafür gesorgt, daß weder unmittelbar
vor noch zwischen den Eisbrechern und Jochen große
Eisungen liegen, die im Falle eines Eisganges den
von Südost her antreibenden Schollen den Weg ver-
sperren, dadurch ein Steigen des Wassers verursachen
und die Kraft der Schollen verstärken. Die erste
Weichselbrücke ist mit Ausnahme einer nicht am biege-
förmigen Ufer liegenden Stelle an der Anfangsklappe und
vor dem ersten alten Sprengwerkzeuge, ganz eisfrei und
da die bedeutenden alten Sprengwerke und das 100 Fuß
breite neue dem Wasser und den Schollen eine breite,
freie Bahn gewähren, darf man wohl hoffen, daß die
Brücke den bevorstehenden Eisgang ohne erhebliche Be-
schädigung überleben werde. (Th. Z.)

× Jüterburg, 27. Januar. Der Herr Landrath
v. Massow ist beauftragt worden, den hiesigen Katho-
likern die katholische Kirche zu übergeben. Die Über-
gabe und Bestimmung seitens der genannten Gemeinde-
mitglieder soll am 13. Februar stattfinden. Es mußte
die Feierlichkeit bis dahin aufgeschoben werden, weil
Herr v. M. in Folge einer Reise verhindert ist, früher
dem ihm gewordenen Auftrage nachzukommen.

Concert.

Wieder machten wir die Bekanntschaft mit
einer Damenvereinigung zu Concertzwecken, in klei-
nerem Rahmen zwar, wie das „europäische Damen-
orchester“, aber künstlerisch berechtigt und genuß-
bringender. Ein neues schwedisches Vocalquartett
ließ sich neulich im Apollosaal hören, welches nicht
mindestens Glück machte, als das von früher her
noch im besten Andenken stehende. Es fehlte diesem
weiblichen Ensemble nichts weiter als der Reiz der
Neuheit, um den Saal nach Verdienst zu füllen.
Die Damen Amanda Carlsson, Ingeborg
Lögren, Inga Ekström und Bertha Erigon
sind aus derselben Schule hervorgegangen, wie ihre
Vorgängerinnen, die geradezu Epoche machten, und
singen diesen auch zum Verwechseln ähnlich, was
außerordentliche Reinheit und Präcision, unge-
künstelte Annahme des Vortrages und Genauigkeit
in allen dynamischen Nuancen anbedeutet. Es ist,
als ob ein Pulsschlag dieses weibliche Quartett
beseelte. Dem lieblichen ersten Sopran accommo-
diren sich die andern Stimmen mit einer Feinheit
und Discretion, die geradezu bewundernswürdig ist.
Die harmonische Ausgeglichenheit und namentlich
die liberale zarten Einsätze, das süß Quellende und
im weichen Dufte Verklingende der vier Stimmen
muß den Hörer auf das Annehmendste berühren. In
schöner Natürlichkeit und scheinbar funktlos fließt
dieser Quartettgesang hin, und doch ist es eine nicht
zu unterschätzende Kunst, mit solcher Vollkommen-
heit zu singen, wenn auch die dargebotenen Gaben
nur einem kleinen Genre angehören und zum Theil,
bei geringerer Vollendung des Ensembles, kaum
einen tiefer berührenden Eindruck machen würden.
Wir hörten von den Schwedinnen zehn Quartette,
von denen den nachhaltigsten Beifall ihre nationalen
Compositionen fanden, die Polka von Ohlson, der
originelle Bröllopsmarsch von Söderman und
Anders. Mit dem letzteren Stücke machte schon
das frühere schwedische Quartett Furore. Durch
den Besitz eines Contractes, der bis zu einer un-
geahnten Tiefe herabsteigt, sieht sich dieses Damen-
quartett im Stande, Gesangsstücke für Männer-
stimmen in unverändertem Tonfall, natürlich in
einer andern Tonart zu produciren, wodurch die
sonst unaussprechliche Monotonie der weiblichen
Vierstimmigkeit glücklich vermieden wird. Die
kunstfertigen Damen, die bisher Rußland, Holland
und Belgien bereist haben, sind jetzt im Begriffe,
sich in Deutschland bekannt zu machen. Sie werden
sicher überall die volle Würdigung finden und
reichen Beifall ernten. M.

Bemerktes.

Die Nachricht, daß der Componist Anton Rubi-
nstein auf dem einen Auge erblindet sei, befißt sich
glücklicherweise nicht. Der Künstler hat sich (so meldet
die „N. Berl. Musik-Ztg.“) nur einen Kataract auf dem
einen Auge zugezogen, und es steht zu hoffen, daß dies
Uebel ohne ernsthafte Folgen bleiben wird. Hr. Rubi-
nstein hat gestern in Leipzig concertirt und gedankt am
3. Februar daselbst sein Dratorium: „Das verlorene
Paradies“ zu dirigiren. Von Leipzig will er nach
Hamburg reisen, zu der ersten dortigen Vorstellung
seiner „Macabber“ im Stadttheater. Die zweite Hälfte
des Februar beabsichtigt Hr. Rubinstein in Paris zu zu-

bringen und am 1 März eine neue Concertreise an-
zutreten.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner
Börsen-Depesche war beim
Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 28. Januar. (Productenmarkt.)
Weizen loco still, auf Termine fest. — Roggen
loco still, auf Termine fest. — Weizen 7er Januar
126 1/2, 1000 Rilo 198 Br., 197 Gd., 7er April-
Mai 126 1/2, 200 Br., 199 Gd., Roggen 7er
Januar 1000 Rilo 148 Br., 147 Gd., 7er April-
Mai 151 Br., 150 Gd., — Hafer still. — Gerste matt.
— Rüböl ruhig, loco 68, 7er Mai 67, 7er October
7er 200 67. — Spiritus fest, 7er 100 Liter 100 A.
7er Januar 34 1/2, 7er Februar-März 35, 7er April-
Mai 35 1/2, 7er Juni-Juli 37. — Kaffee fest,
Umfaß 3000 à 4000 Sac. — Petroleum fest, Standard
white loc 13,60 Br., 13,40 Gd., 7er Januar 13,40
Gd., 7er August-December 12,50 Gd. — Wetter:
Neblig.

London, 28. Januar. Getreidemarkt. (Schluß-
bericht.) Weizen matt, angelommene Ladungen stetig.
Andere Getreidearten träge zu nominell unveränderten
Preisen. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag:
Weizen 24 160, Gerste 2340, Hafer 20 020 Dts. —
Wetter: Finster.

Danziger Börse.

Alltägliche Notierungen am 29. Januar.
Weizen loco still, auf Termine von 2000 A.
feinlagig a. weiß 132-135 1/2 205-210 A. Br.
hochbunt . . . 131-134 1/2 198-203 A. Br.
hellbunt . . . 127-131 1/2 203-205 A. Br. 185-205
bunt . . . 125-131 1/2 190-195 A. Br. A. bez.
roth . . . 128-134 1/2 185-190 A. Br.
ordinair . . . 11 1/2 128 1/2 160-180 A. Br.

Regulirungspreis 1 1/2 A. Refektor 194 A.
Auf Lieferung 1207 bunt 7er April-Mai
201 A. Br., 199 A. Gd., Mai-Juni 205 A. Br.
Roggen loco ohne Handel, 7er Tonne von 2000 A.
Regulirungspreis 1208 A. Refektor 145 A.
Auf Lieferung 7er April-Mai 146 A. Br.
Gerste loco 7er Tonne von 2000 A. kleine 104/58
133 A.

Widen loco 7er Tonne von 2000 A. 208 A.
Petroleum loco 7er 100 A. (Original-Tara) ab
Reinfahrwasser 15,25 A.

Auf Lieferung 7er Februar 15,25 A.
Steinkohlen 7er 3000 Kilogr. ab Reinfahrwasser in
Waggonladungen, doppelt gestiebt Kustohlen 55-57
A. schottische Maschinenkohlen 57 A.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage
20,37 Gd. 4 1/2 A. Preuss. Consolidirte Staats-Anleihe
104,75 Gd. 3 1/2 A. Preuss. Staats-Schuldenscheine 91,65
Gd. 3 1/2 A. Westph. Pfandbriefe, ritterschaftlich 83,25
Gd., 4 1/2 A. do. 93,85 Gd., 4 1/2 A. do. 101,50 Gd.
5 A. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 99,75 Br. 5 A.
Bommerche Hypotheken-Pfandbriefe 100,00 Br. 5 A.
Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Br.
Das Borsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 29. Januar 1876.

Getreide-Börse. Wetter: mäßiger Frost. Wind:
Südwest.

Weizen loco verkehrte am heutigen Markte, ent-
gegengesetzt mit gestern in flauer und lustloser Stim-
mung, nur mühsam konnten bei kleiner Zufuhr 80
Tonnen verkauft werden und ist dabei die gestrige
Preisbesserung wieder verloren gegangen. Bezahlt ist
für Sommer 128/9, 131/2 182 A., roth 125 1/2 186 A.,
glagig 126, 128, 129 1/2 198 A., hellbunt 130/1, 181 A.
202 1/2, 205 A., weiß 125 1/2 206 A. 7er Tonne. Letzte
geschäftslos, April-Mai 201 A. Br., 199 A. Gd., Mai-
Juni 205 A. Br., Regulirungspreis 194 A.

Roggen loco ruhig, 14 Tonnen 127 1/2 wurden zu
152 1/2 A. 7er Tonne verkauft. Termine geschäftslos,
April-Mai 146 A. Br. Regulirungspreis 145 A. —
Gerste loco kleine 104/58 133 A. 7er Tonne bezahlt.
— Widen loco sind zu 208 A. 7er Tonne verkauft. —
Mais loco wurde zu 123 A. 7er Tonne gehandelt. —
Spiritus loco ohne Zufuhr.

Danzig, den 29. Januar 1876.

2 [Wochenbericht.] Das Wetter hat sich die
Woche über wenig verändert; meistens milde flache Luft,
seltener leichter Frost. — Die Eisbede nach unserm
Hafen liegt noch unverändert, wird aber wenig be-
fahren, da durch den Umschlag des Wetters einige
Stellen unsicher geworden. — In den Getreideberichten
des Auslandes zeigten sich wenig Veränderungen, nur
daß die Zufuhren etwas mäßiger geworden und die
Möglichkeit ihr Ende erreicht zu haben scheint. — Die
Weizenzufuhren an unsere Börse waren äußerst spärlich
und fanden bereitwilligere Aufnahme, da sich mehrtheilige
Viehheerde gefunden und für die eingetroffenen und die
noch zu erwartenden Dampfer Manches zur Com-
pletirung gebraucht wird. — Bei einem Umschlag
von ca. 800 Tonnen Weizen haben Preise eine successive
Steigerung von 2 A. 7er Tonne erfahren; roth 132 1/2
188 A., glagig 126, 129 1/2 195, 198 A., hochbunt und
glagig 127/8 196 A., hellfarbig 121/2 194 A., hell-
bunt 129, 130 1/2 200, 204 A., weiß 130, 131 1/2 203,
204 A. feinst weiß 180 A. 208 A., Regulirungspreis 126 1/2
bunt 194, 195 A. Auf Lieferung 7er Mai-Juni 202 A.
bez. 7er April-Mai 202 A. Br., 200 A. Gd., 7er Mai-
Juni 205 A. Br., 203 A. Gd., 7er Juni-Juli 205 A. Gd.

Für Roggen blieb die Stimmung matt und gelang
es den wenigen Reflectanten Preise weiter zu drücken.
Bei einem Umschlag von nur ca. 70 Tonnen bezahlte
man 120 1/2 nach Qualität 145, 147 A., 127, 127 1/2 187
152 1/2, 154 A. Regulirungspreis 120 1/2 Refektor 147
146, 145 A. Auf Lieferung ohne Reinfahrwasser, April-Mai
146 A. Br. — Gerste, große, 111 1/2 155 A., extra feine
115 1/2 161 A.; kleine 104/58 134 A. — Widen 206,
210 A. — Mittel-Erbsen 150, 152 A., feine Roth 159,
160 A. Meelaat, weißes nach Qualität 117-138 A.
7er 100 Rilo; rothes nach Qualität 90-112 A.;
schwedisches 150 A. — Von den während der Woche
zugeführten 60 000 Liter Spiritus wurden 20 000 Liter
zur Lieferung angemeldet, der Rest zu 41,50, 41,75,
42 A. 7er 100 Liter à 100 Pf. verkauft.

Schiffs-Listen.

Reinfahrwasser, 29. Jan. Wind: W.
Nichts in Sicht.
To brn, 28. Jan. Wasserstand: 3 Fuß 9 Zoll.
Wind: S. Wetter: trüb, Thaumeter.

Meteorologische Beobachtungen.

Zeit	Barometer- Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
28. 4	343,18	- 1,2	S., flau, bewölkt.
29. 8	342,41	- 2,4	Windstille, trüb, bezogen.
12	342,37	+ 0,5	Stich, flau, hell, bewölkt.

Die Mancintosh-Sicherheitsöhle

erfreut sich sehr großer Beliebtheit, wegen ihrer vorzüg-
lichen Eigenschaften, sie ist bei Glacis mienbefähigt,
schützt gegen jede Kälte und hält länger als zwei Leber-
öhlen. Der Preis ist ein nur geringer und die An-
bringung unter jeden Stiefel, alt oder neu in 10 Mi-
nuten bewerkstelligt. Es wird auf die Annonce in dieser
Zeitung der Wiener Schuh- und Stiefel-Niederlage
A. Auerbach, Heiligergeißgasse 142, hingewiesen.

Nach beendeter Inventur liegen von Dienstag, den 1. Februar er., die im Preise bedeutend zurückgesetzten

Kleider-Stoffe

zur gefälligen Ansicht und Wahl. — Der Verkauf der gleichfalls zurückgesetzten

Confections, Costumes, Jupons etc.

beginnt Donnerstag, den 3. Februar.

W. JANTZEN.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 30. Januar, Vormittags 10 Uhr, Predigt: Dr. Prediger Ködner.
Durch die Geburt einer Tochter wurden heute erfreut

E. Bieler u. Frau
geb. v. Hennig.
Lindenau, d. 26. Januar 1876.
Als Verlobte empfehlen sich:
Bertha Marg. geb. **Hunde,**
Albert Grzesinski.
Culm, den 27. Januar 1876.

Für Verdingung der Lieferung von
132 T. Portland-Cement,
589,000 St. Ziegelsteinen
sowie der erforderlichen Eisenarbeiten zum Neubau zweier Betriebs-Gebäude für die Artillerie-Werkstatt in Danzig ist in öffentlichem Submissionsverfahren ein Termin auf

Sonnabend, den 13. Febr. er.
Vormittags 12 Uhr
im Geschäftszimmer der Direction genannter Behörde anberaumt worden.

Offerten sind versiegelt und frankirt bis zum Beginn des Termins einzureichen. Lieferungsbedingungen liegen in der Registratur der Artillerie-Werkstatt zur Einsicht offen, können auch gegen Erstattung der Kosten abschriftlich bezogen werden.

Direction
der Artillerie-Werkstatt.

Ein großes Reh ist billig zu haben. **Altstädter Graben 16.**

Ein erfahr. Buchhalter
wünscht mit Einrichtung oder Führung von Handlungsbüchern betraut zu werden und erb. gef. Abr. u. 5122 in der Exp. d. Btg. **W.** suchen einen Lehrling mit tüchtigen Schulkenntnissen und guter Handschrift. **Storck & Scott.**

Ein tüchtige, gewandte
Rechnerin
die einem großen Geschäft selbstständig vorstehen kann, findet Stellung. **Hotel de Rome**
Besitzer: **F. F. Schröder,**
Graudenz.

Ein junger Mann,
der in der **Wag- u. Eisenwaren-Branche** sowohl in Berlin, wie in der Provinz mit Erfolg gearbeitet hat und dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht hier am Plage oder auch in einem kleinen Orte eine passende Beschäftigung, bei bescheidenen Ansprüchen. Abr. werden u. 5138 in der Exp. d. Btg. erbeten.

Für mein Metall- u. Eisenwaren-Geschäft, suche ich zum 1. April er.

einen jungen Mann
der mit der Branche vertraut ist.

Julius Musolf,
Bromberg.

Wirkl. Reell!
Ein junger Apotheker od. wünscht sich zu verheirathen. Junge Damen und Wittwen mit Vermögen werden höflichst gebeten Photographie u. Abr. unter 5113 der Exp. d. Btg. vertrauensvoll zu übergeben.

2 eleg. möbl. Zimmer
verbunden mit einem Entree in der ersten Etage sind vom 1. März an einen einzelnen Herrn zu vermieten 1. Damm 17.

Die Bel-Etage Langgarten
No. 32, bestehend aus fünf zusammenhängenden Zimmern nebst sämtlichem Zubehör, ist zum 1. April zu vermieten.

Näheres daselbst.

Kräftigen Mittagstisch
zu 5 und 6 % in und außer dem Hause im Speise-Saal Heiligegeistgasse 58 vis-à-vis dem Gewerbehause.

Auf Wunsch mehrerer meiner werthen
Gäste habe ich nun auch in dem unteren Zimmer meines Locals

ein feines Carambole-
Billard
aufstellen lassen und steht dasselbe den geehrten Billardspielern zur Verfügung.

Gleichzeitig empfehle ich **Erlanger,**
Actien- und Münzberger Bier.

W. Johannes,
Heiligegeistgasse 107.

Drei Schweinsköpfe.
Erlaube mir ein geehrtes Publikum auf die vorzügliche Schmittschubahn (über die Wiesen) ergebenst aufmerksam zu machen.

F. R. Schubert.

Instrumental-Musik-
Berein.

Montag, den 31. Januar, Abends
7 Uhr, Uebung bei Johannes.

In Danzig zu beziehen durch
L. G. Homann's Buchhandlg. Prowe & Beuth.



Allen überseht, mit Einleitungen und Anmerkungen von
Benno Tschischwitz.

12 Bände in ca. 80 Lieferungen à 50 Pf. — 30 Kr. ö. W. — 70 Cts.

Scott's wunderbar poetische Erzählungen, die ihrer Zeit bei Hoch und Niedrig mit gleich lebhaftem Interesse gelesen wurden, sind von der heranwachsenden Generation nicht genügend gekannt. Da es zudem für die Familie an guter Unterhaltungsliteratur, die auch unbedenklich den jüngeren Gliedern derselben in die Hand gegeben werden kann, fehlt, so scheint es ein zeitgemäßes und verdienstliches Unternehmen, diese hochpoetischen und nach Form und Inhalt gleich bedeutenden Erzählungen in einer neu übersehten, illustrierten und gut ausgestatteten Ausgabe zu veröffentlichen. Ein besonderer Vorzug dieser Ausgabe ist der, daß die weitschweifigen, historischen Einleitungen in die Form von erläuternden Anmerkungen verwandelt wurden, wodurch die Handlung an Abgeschlossenheit gewinnt und die poetische Wirkung erhöht wird. — Subscription nimmt jede Buchhandlung entgegen.

Berlin, Januar 1876. **G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung.**

S. W. Bernburger Straße 35.

In Danzig zu beziehen durch
L. G. Homann's Buchhandlg. Prowe & Beuth.

Kaufmännischer Verein.

Sonnabend, den 5. Februar er., findet in den Räumen des Schützenhauses ein

Maskenball

statt, zu dem Gäste Zutritt haben. Anfang der Unterhaltungs-Musik 8 Uhr, Demaskierung 12 Uhr.

In den Ballsaal haben bis zur Demaskierung nur Masken Zutritt, nach derselben auch Unmaskirte im Ballanzuge. Es wird gebeten, nicht in Domino oder Kutte zu erscheinen, bloße Farben zc. gelten keinesfalls als Masken.

Eintrittskarten nur gültig für die Person, für welche selbige ausgestellt, für den Saal, für Herren weiß, à M. 1. 50 $\frac{1}{2}$, für Damen roth, à M. 1. 50 $\frac{1}{2}$

sind bei den Herren **Arendt, Hundegasse 105,**
Hildebrandt, Hopfengasse 104,
Kolberg, Gr. Wollwebergasse 14,
Unruh, Breitgasse 51/52,

für die Logen, für Herren und Damen, numerirt grün à M. 3 nur bei Herrn **Hildebrandt,** Hopfengasse 104, bis Dienstag, den 1. Februar er. durch Mitglieder zu entnehmen.

Der Vorstand.

Montag, den 31. Januar
beginnt der diesjährige

Ausverkauf

von

Kleider-Stoffen

jeher Art zu

Inventur-Preisen.

Julius Kayser,

Langgasse 67, Eingang Vortheilsgasse.

Mukholz-Auction zu Leg-An.

Montag, den 7. Februar 1876, Vormittags 10 Uhr, werde ich zu Leg-An auf dem **Stobbe'schen** Holzfelde für Rechnung, wen es angeht, an den Meistbietenden verkaufen:

ca. 28,000 Fuß 1hölliche sichte Dielen 25—30' lang,
ca. 3000 " 3 " do. Bohlen 16—24' breit,
ca. 6000 " 1 1/2 " do. Fußboden-Dielen,
ca. 18 Schock 1 1/2 " do. Eleperdielen,
ca. 10 " 1 " do. " "
ca. 10 " 2 u. 3 " do. Eleperbohlen,
ca. 25 " Schalbretter do. 16' lang, 1/2—1 1/2" stark,
ca. 5 " Dachlatten,

sowie eine große Partie **Krenzhölzer, Brackböhlen und Balkenschwarten.** Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen. Unbekannte zahlen sofort.

Joh. Jac. Wagner Sohn, Auctionator.
Bureau: **Sundegasse No. 111.**

Moch einige Loose zur Flora-Lotterie
sind à 3 M. zu haben bei **A. de Payrebrune, Sundeg. 52.**

Zum sofortigen Antritt suche ich einige mit der Amtsverwaltung zc. vertraute Wirthschaftsbeamte. **Böhrer, Poggendorf 10.**

Mäanderlachs, Elb-Caviar, Neum-
augen, Carbinen zc. zc. bei Roell,
Poggendorf 37.

Königsberger Pferde-Lotterie à 3 M.
Berliner Flora-Lotterie à 3 M.
Arndt-Denkmal-Lotterie à 3 M. bei
Theodor Bertling, Werberg. 2.

Zum kaufmännischen Vereins-Ball.

In der Berliner Masken-
Garde von **Charles**
Sabb, Gr. Wollweber-
gasse No. 4, trafen so-
eben folgende ganz neue
Costume ein: **Catanella**
(Damen-Cost. a. d. Ballet
Catanella), **Ballbamen,**
Fürst Poniatowski (hoch eleg.), **Marquis**
d'Anghy, Brasilia (a. d. Barbier),
amerit. Petrol-Mann, Japanese,
Pigener, Bruder Studio, ungar. roth.
Busaren-Offizier zc. zc., 1000 Stück Ge-
sichtsmasken, für jedes Costüm bestimmte
Charaktere.

Zingler's Höhe.

Sonntag, den 30. Januar:

Concert,

ausgeführt von der Capelle des 4. Nipreus.
Grenadier-Regt. No. 5.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 $\frac{1}{2}$.
Kilian, Kapellmeister.

Kaffeehaus

zum

freundschaftlichen Garten,
Neugarten No. 1.

Sonntag, den 30. Januar:

Großes

CONCERT.

Anfang 5 1/2 Uhr. Entree 30 $\frac{1}{2}$.
3250) **H. Reissmann.**

Stadt-Theater.

Sonntag, den 30. Januar. (6. Ab. No. 9.)
Zum ersten Male wiederholt: **Christliche**
Arbeit. Volksstück mit Gesang in 3
Acten von **S. Witten.** Musik v. **Bial.**

Montag, den 31. Januar. (6. Ab. No. 10.)
Die Fledermaus. Komische Oper
von **Strauß.**

Dienstag, den 1. Februar. (6. Ab. No. 11.)
Das Urbild des Tartüffe. Lust-
spiel in 5 Acten von **Moliere.**

Mittwoch, den 2. Februar. (6. Ab. No. 12.)
Die Follies. Oper von **Kreischmer.**

Donnerstag, 3. Februar. (Ab. susp.)
Besetzung für **Fräulein Bernhardt.**
Marienne Leconteur. Schauspiel
in 5 Acten von **Scribe.**

Freitag, 4. Februar. (6. Ab. No. 13.) **Don**
Juan. Oper von **Mozart.**

Sonnabend, den 5. Februar. (6. Ab. No. 14.)
Kabale und Liebe. Trauer-
spiel in 5 Acten von **Schiller.**

Selonke's Theater.

Sonntag, den 30. Januar: **Letzte**
Gast-Vorstellung der Gesellschaft
Strahburger. U. A.: **Beders**
Geschichte. Nebenpiel. Zum ersten
Male: **Ein schlichter Freier.**

Lustspiel. **Ein Mädchen für Alles.**
Komie mit Gesang. **Die Räuber im**
Schwarzwalde. Komische Pantomime.

Sonnabend, den 5. Februar: **Großer**
Maskenball.

9 Mark Belohnung

erhält der Wiederbringer einer ver-
lorenen goldenen Brille Jopen-
gasse No. 34. (5103)

Feinste

Gothaer Cervelatwurst,
delicate Spitzgänse,
fetten Räucherlachs,
Astrach. Berl-Caviar,
frischen Pumpernickel,
Chester-, Neuschädel,
Roquefort-Romadurkäse

empfiehlt
F. E. Gossing, Jopen- und Portie-
gasse, Haifeng-Ed. 14.

Magdeburger Sauerkohl,
echte Teltower Rübchen,
echte Castanien, Pansen,
Bohnen, Spitzkerben,
vorz. saure Gurken, Preisel-
beeren, einget. Blaubeeren,
Himbeer- u. Kirschsaff
in Zucker, beste Qualität, empfiehlt
Jopen- und Portie-
F. E. Gossing, Haifeng-Ed. 14.

Verantwortlicher Redacteur **S. Ködner.**
Druck und Verlag von **A. W. Kafemann**
Danzig.

Gierz eine Beilage.

Dis. Communion	126,89	19	Berg u. Hütten-Gesellsch.	Div. 1874
Gen. d. d. d. d. d.	17,50	0		
Gen. d. d. d. d. d.	34,50	0	Dom. Union Bhd.	9,80 0
Gen. d. d. d. d. d.	80	6 1/2	Dom. u. Bauab.	61 10
Gen. d. d. d. d. d.	77,80	4	Stadtb. Bkt.	23,40 1
Gen. d. d. d. d. d.	122,50	10 1/2	St. d. d. d.	85,50 6
Gen. d. d. d. d. d.	338	6 1/2	Victoria-Bank	31 3 3
Gen. d. d. d. d. d.	90,50	8		
Gen. d. d. d. d. d.	117,50	9 1/2	Wesf. d. d. d. v. 28. Jan.	
Gen. d. d. d. d. d.	49	0	Amsterdam	5 1/2 3 169
Gen. d. d. d. d. d.	120,75	9 1/2	do.	5 1/2 3 168,80
Gen. d. d. d. d. d.	73,90	5 1/2	London	6 1/2 5 20,37
Gen. d. d. d. d. d.	83,25	6	do.	5 1/2 5 20,185
Gen. d. d. d. d. d.	83,10	0	Paris	5 1/2 4 80,95
Gen. d. d. d. d. d.	11,75	0	Wesf. d. d. d.	5 1/2 3 80,95
Gen. d. d. d. d. d.	600,5	5 1/2	do.	5 1/2 3 80,50
Gen. d. d. d. d. d.	23,75	1 1/2	Wien	5 1/2 5 176
Gen. d. d. d. d. d.	37,10	1 1/2	do.	5 1/2 5 174,90
Gen. d. d. d. d. d.	50,75	0	Wesf. d. d. d.	5 1/2 5 171,30
Gen. d. d. d. d. d.	12,80	0	do.	5 1/2 5 158,90
Gen. d. d. d. d. d.	70,25	4	Wesf. d. d. d.	5 1/2 5 162,10
Gen. d. d. d. d. d.	33,50	2 1/2		
Gen. d. d. d. d. d.	75,25	10	Sorten.	
Gen. d. d. d. d. d.	18	0	Wesf. d. d. d.	9,46
Gen. d. d. d. d. d.	4,25	0	Wesf. d. d. d.	20,29
Gen. d. d. d. d. d.	19	0	Wesf. d. d. d.	16,17
Gen. d. d. d. d. d.	19	5 1/2	Wesf. d. d. d.	—
Gen. d. d. d. d. d.	6,50	0	Wesf. d. d. d.	—
Gen. d. d. d. d. d.	35,75	0	Wesf. d. d. d.	99,83
Gen. d. d. d. d. d.	—	0	Wesf. d. d. d.	176
Gen. d. d. d. d. d.	0,80	0	do. d. d. d.	181,75
Gen. d. d. d. d. d.	26	2	Wesf. d. d. d.	962

19342) S. A. Hech, Johanningstraße 29. 28 22998.